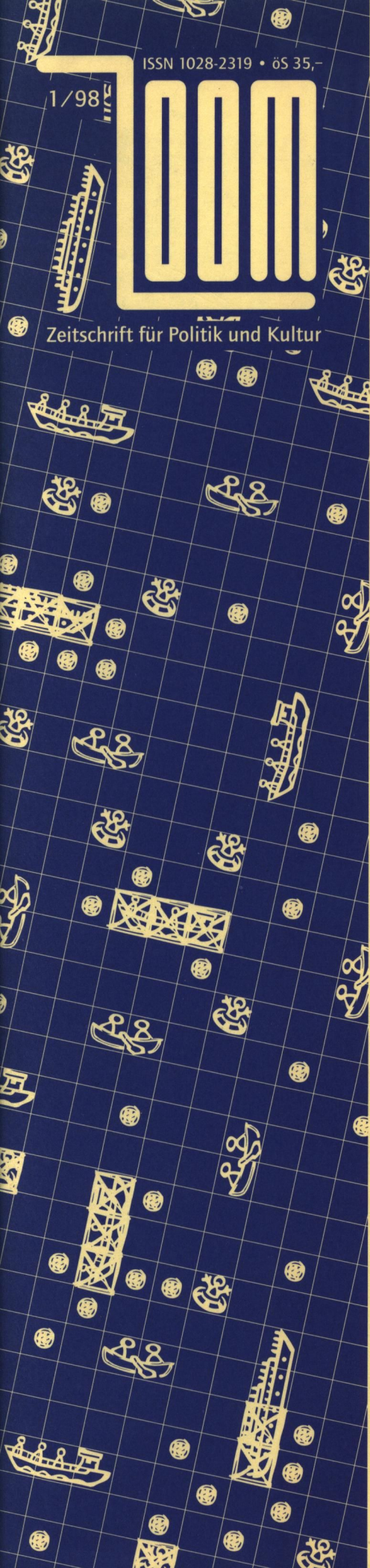




ISSN 1028-2319 • €5 35,-

1/98

O O M

Zeitschrift für Politik und Kultur

EU-Melange. 2

GEWALT IST

Über Dialektik und Dimension der Gewalt 4
in aller Öffentlichkeit

Die Freiheit zum Amoklauf 10
in aller Privatheit

NATO KOMMT

**Keinen Menschen,
keinen Groschen für die NATO 12**

Ungarns „Amoklauf in die NATO“ 14
Pro-NATO-Mehrheit bei Volksabstimmung

FRAU WIRD

Frauengleichberechtigung 17
Das Gesetz zur Ausbildung von Frauen im Heer

WIDERSTAND ENTSTEHT

Von der Notwendigkeit des Unnotwendigen 19
ein text in 11 widmungen

ARBEIT GEHT

Arbeitslose Schnäppchenjäger 21
Wirtschaftsliberalismus versus
gerechte Aufteilung der Arbeit

ZAIRE

Kontinent im Kontinent 23
Walter Schicho über afrikanische Entwicklungen

NAZIS IM INTERNET

Wie viel Haß ist im Netz? 28
Rechtsextreme Propaganda im Internet

Rezensionen 31

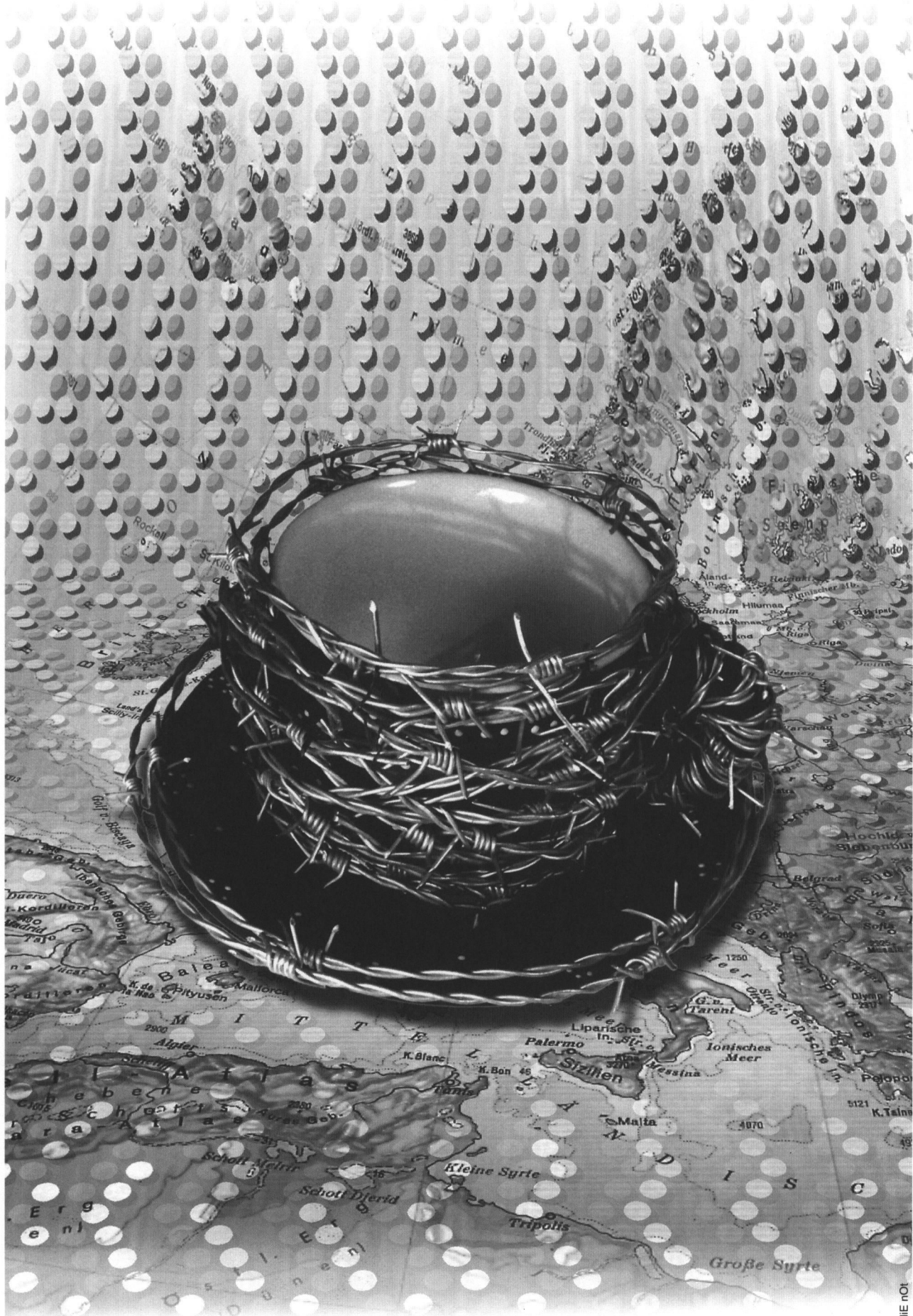
ZIVILDIENTST

Fristenchaos und Aufschubprobleme 33

Phonetisches Paradox Poem 35

Der Kinderspielzeugmörder im fröhlichen Wohnzimmer

Impressum. 34



Liebe Leserin, lieber Leser!

Wenn Sie erwartet haben, im dritten Jahr ihres Erscheinens in der ZOOM endlich einen Kameratest zu finden, dann müssen wir Sie leider enttäuschen. Wenn Sie sich aber mehr Debatten in der ZOOM erhoffen, dann trifft sich das schon besser. Mit dieser Ausgabe möchten wir gleich zwei Diskussionen eröffnen. Die Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Gewalt ist für ein Medium, deren Herausgeberin die „Gewaltfreiheit“ im Namen führt, ein, wenn nicht: das zentrale Thema. Der Text von Franz Schandl über „Dialektik und Dimension der Gewalt“ (Seite 4) ist ursprünglich in Folge des Unglücks bei Ebergassing entstanden. Knapp drei Jahre

später ist Gelegenheit, die damalige, überhitzte Debatte nüchterner und den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen entsprechend zu führen. Während Gewalt zunehmend unsichtbarer wird, ist sie doch keineswegs am Verschwinden – im Gegenteil. Der angestrebte, in faktischen Schritten bereits laufend vollzogene NATO-Beitritt wird die innenpolitische Diskussion auch die nächsten Monate mitbestimmen. Im März wird die Bundesregierung ihren „Optionenbericht“ präsentieren. Wir wollen dem plattitudenhafte geführten öffentlichen Diskurs eine differenziertere Analyse von NATO, Neutralität und möglichem antimilitaristischem und pazifisti-

chem Widerstand gegenüberstellen – etwa der Frage, ob sich dieser eher an einer Anti-NATO- oder einer Pro-Neutralität-Strategie orientieren soll (Seite 12). Beide Debatten sollen in den nächsten Ausgaben fortgesetzt werden. Wir laden alle LeserInnen ein, sich an diesen zu beteiligen. Schließlich möchten wir Sie noch auf die Anti-NATO-Arbeitsgruppe hinweisen, die sich in der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung gebildet hat. Termine der Treffen können Sie bei uns erfragen.

Wenn Sie erwartet haben, wir berichteten auch in dieser Ausgabe über die gegen Alternativmedien gerichteten Vorgänge rund um die Publizistikförderung, müssen

wir Sie ebenfalls enttäuschen. Völlig überraschend hat die ZOOM Ende letzten Jahres doch noch eine Förderung zugesprochen bekommen. Ebenfalls gefördert wurde die *akin*. Da diese aber nach wie vor mit finanziellen und personellen Problemen zu kämpfen hat, möchten wir das Augenmerk unserer LeserInnen auf die von uns sehr geschätzte Wochenzeitschrift lenken, insbesondere auf die Möglichkeit, diese zu abonnieren: *akin*, Wipplingerstraße 23/20, 1010 Wien.

Wir würden uns freuen, zahlreiche ZOOM-LeserInnen beim „anti militarismus benefiz“ am 28. Februar im Ernst Kirchwegger Haus begrüßen zu können (siehe hintere Umschlagseite) und wünschen viel Spaß beim Lesen,

DIE ZOOM-REDAKTION

Siegfr. EDER

Mühlberg, Ankerhaus, Tel. 05472-6008
A - 6522 PRUTZ am INN

Au

Communauté de Travail Wehrdienstverweigerung
Bureau No 2 - Agence pour l'Illumination Civile
Schottengasse.

Thank you for the TV-NEWS Number 4/1997 Jahresbericht, and for your work.

Concerning your ZOOM-pages in the World Wide Web, your phonemail, faxmail and email : Does it bring more readers ? or more costs ?

Your sentence 'versagt aber die Sekundärökonomie, bleibt nur mehr die primäre: die Steigerung der Auflage durch Ausweitung der Leserschaft.' is very significant for the wrong way you are moving.

The Ausweitung der Leserschaft ought to range BEFORE the Sekundärökonomie, as the word itself says.

Now for the ZOOM-Zeitschrift : In order to get more LeserInnen, and not only some young Alternativists, but the so called Volk, in order to illuminate it, from your (good) side of view, you should

MAKE A LAY-OUT SIMILAR TO THE KRONENZEITUNG ! or the GanzeWoche !
With the only difference, of course, that the contents are zoomed in your sense.

Your articles in ZOOM are tiringly long-stretched !
Let's take for instance your article of Publizistik-Förderung, or worse -Nichtförderung : IT WOULD BE SUFFICIENT INFORMING US BY

HALF A PAGE. Instead of three !
Punto e basta.

The same with Ilse's Grund des Herzens : Mir, personally, fehlt's im Hirn, to understand her, nevertheless she has a very good rythm.

The next article, written by a Jurist and Militärhistoriker :
It is not to stand throughout, for a breite Leserschaft !
You should really have interfered, as a Redakteur of Kronenzeitung would have done : that is a conditio sine qua non (as he writes himself 5th column) for explaining facts to the common people.
Otherwise you'll never get an Ausweitung der Leserschaft. Punto e basta.

Please don't let so much room for specialists in your ZOOM.
Spezialisten haben wir genug, doch wer bedenkt das Ganze ?

And by this occasion, a question of catholic importance :

Why was it not worth for the Militärhistoriker, Professor and Jurist, to set up a NEW TITLE for Anton Uran ?

Seven pages, without even any subtitle, that's a hard Brocken for a common sized member of the heutige Mediengesellschaft.

Another Question of catholic importance :

Why have you set only the foto from 5 year's old Anton Uran ?
(Auf dem Fahrrad sitzend, with his older brother.)

The Author, Militärhistoriker, might have access to the Kriegsarchiv, to get a foto from the adult Uran. (Even me, I have seen such a foto, on a book of the Kärntner Arbeiterbewegung, or so.)

I have the suspicion, that Wehrdienstverweigerers in Austria have big Berührungsängste with Zeugen Jehova's. They bring or brought only the foto from adult Jägerstätter, a good catholic.

And still one question, please, to Mister Militärhistoriker :

Why does he write BAUER JÄGERSTÄTTER,
but URAN, ZEUGE JEHOVAS ? } like Serben, Kroatien and Moslems

As I learned from the Kärnten-book about Anton Uran, he was a HOLZFÄLLER ! Punto e basta.

The result of my reading ZOOM is, that it does not bring the whole TRUTH about facts, in spite of long-stretched articles.

Less would be more.

Your sincerely SIEGFRIED Eder,
born in the wintermonth of January, 1943,
therefore the 'christian' name, *father died sometime*,
seit 10 Jahren religionslos, aber Neutralitäts-
und Friedens-Fan, sowie "FÖHN-FAN".

17. Dezember 1997, Jahr des Herrn:


Mühlberg, Ankerhaus, Tel. 05472-6008
A - 6522 PRUTZ am INN

*) general, the old sense.

Emancipatio sine potestate non est!

Über Dialektik und Dimension der Gewalt

In folgendem Beitrag handelt es sich um eine Überarbeitung eines Aufsatzes, den der Autor nach den Ereignissen in Ebergassing 1995 geschrieben hat. Das Thema erscheint auch ohne unmittelbaren Anlaß relevant, vor allem dann, wenn man davon ausgeht, daß in Zeiten sozialer und ökologischer Verwerfungen der Faktor Gewalt an Stellenwert in der gesellschaftlichen Kommunikation gewinnen wird. Das mag man bedauern, übersehen sollte man es nicht. Umso wichtiger ist es, auf so manches vorbereitet zu sein. Abseits von Bekenntnissen und Beshwörungen soll mit den durchaus ambivalenten Überlegungen das herrschende (aber auch oppositionelle) Unverständnis der Gewalt etwas entzaubert werden. Gewidmet ist der Text dem Wiener Philosophen Günther Anders, der schon 1987, völlig gegen den damals aktuellen Trend „Vom Ende des Pazifismus“ gesprochen hat. Und zwar im inzwischen leider eingestellten FORVM Heft 395/396 und 397/398. Des Denkers Todestag jährte sich am 19. Dezember 1997 zum fünften Mal.

VON FRANZ SCHANDL

*„Der reißende Strom
wird gewalttätig genannt
Aber das Flußbett,
das ihn einengt
Nennt keiner gewalttätig.“
(Bertolt Brecht,
Über die Gewalt)*

Es mag sein, daß manches, was jetzt folgt, widersprüchlich und absonderlich erscheint. Das hat zweifelsfrei mit der hier vorgebrachten,

heute ungewöhnlichen Sicht der Problematik zu tun. Wir gehen jedenfalls davon aus, daß nur eine dialektische Bestimmung der Gewalt uns die Möglichkeit gibt, die Frage ohne aufgeregtes Gezeter, ohne affirmatives Bejahen und Distanzieren zu führen. Mit solchen Gepflogenheiten soll gebrochen werden. Der Beitrag nimmt differenziert, aber dezidiert Stellung.

Das linke Panikorchester, das da nach den verschiedensten Übergriffen immer wieder in Erscheinung tritt, ist Ausdruck mangelnden kritischen Bewußtseins und grenzenloser Unfähigkeit zur Reflexion, letztendlich auch Folge davon, daß den meisten Linken jede theoretische Begrifflichkeit abhanden gekommen ist, sie ihrerseits nicht viel mehr zu bieten haben als abschwörende Formeln oder betretenes Schweigen. Eine Aufarbeitung der Gewaltverhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft ist hingegen nicht einmal in Ansätzen vorhanden.

1.

Gewalt ist die „Lösung“ von Konflikten in ihrer reinsten, in ihrer ersten und letzten Form: Konfrontation pur. Die ganze menschliche Geschichte ist phänomenologisch betrachtet ein Ein- und Auflösen von Gewalt. Alle wirklich einschneidenden Ereignisse beherbergen sie als Treibsatz. Gewalt ist so zwar

nicht der Motor der Geschichte, sehr wohl aber ein hervorstechendes Moment der Verwirklichung sozialer Entwicklung.

„Jeder Staat wird auf Gewalt gegründet.“ (Trotzki) Die gegenwärtige Republik ist z. B. Ausdruck der österreichischen Revolution von 1918 sowie des Einmarsches der alliierten Truppen 1945. Beides gewalttätige Geschehnisse. Gewalt also, deren Bekenntnis diesem Staatswesen vorausgesetzt ist. Progressive Gewalt zweifellos, vergleicht man sie mit dem, was sie überwunden und zerstört hat, nämlich die reaktionäre Gewalt des Dritten Reiches oder der Habsburgermonarchie. Wer also zu diesem Staat steht oder in ihm auch bloß einen historischen Fortschritt sieht, bejaht unweigerlich auch jene Gewalt, die ihn hervorgebracht hat. Kurzum: Ein Bekenntnis zu Republik und Demokratie ist ein Bekenntnis zu bestimmten Akten der Gewalt.

Jede Staatsmacht hat unsanft ihre Vorgängerin abgelöst. Wie sagte doch der unverdächtige Karl Renner: „Der heutige Staat ist eine Übergangserscheinung der sozialen Entwicklung.“ Das gilt selbstverständlich aber auch für den jetzigen. Gewalt ist also der staatlichen Existenz immer vorausgesetzt und eine ihrer Bedingungen. Auch wenn jene nicht allzu auffällig und ausfällig ist, ist sie da. Daß die Auflösung des gegenwärtigen Zustandes anders über die historische Bühne gehen soll, ist kaum wahrscheinlich. Solange wir in der menschlichen Vorgeschichte leben, gilt: „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht.“ (Karl Marx)

Gewalt auszuschließen, wo sie doch täglich stattfindet, ist töricht. Auf Gewalt zu verzichten, heißt heute nicht, daß auf Gewalt verzichtet wird. Im Gegenteil, sie beläßt, ja begrüßt die Gewalt, wo sie ist. Wie will man sich ernsthaft von gesellschaftlicher Gewalt distanzieren, wo sie einem doch regelmäßig entgegentritt, ja entgegentreten muß? Gewalt ist da, läuft man ihr davon, dann nimmt man sie bloß mit. Man kann sich ihrer nicht entledigen, auch wenn man sich ihrer entschlägt. Gewalt kann jedenfalls nicht weggezaubert werden, auch wenn es gerade zur „guten“ demokratischen Weltanschauung gehört, dies andauernd zu tun.

2.

Über das Gewaltmonopol schreibt Max Weber: „Staat ist diejenige menschliche Gemeinschaft, welche innerhalb eines bestimmten Gebietes – dies: das ‚Gebiet‘, gehört zum Merkmal – das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht. Denn das der Gegenwart Spezifische ist, daß man allen anderen Verbänden oder Einzelpersonen das Recht zur physischen Gewaltsamkeit nur soweit zuschreibt, als der Staat sie von ihrer Seite zuläßt: er gilt als alleinige Quelle des ‚Rechts‘ auf Gewaltsamkeit.“

In diesem Verständnis bedeutet Gewaltmonopol nicht, daß der Staat keine Gewaltanwendung außer der eigenen duldet. Es geht vielmehr darum, daß Gewaltsamkeit nur insofern als legal gilt, als die staatliche Ordnung sie toleriert, genehmigt oder vorschreibt. Behauptet wird also nicht



schlichtweg ein Gewaltmonopol des Staates – das würde auch nicht der Realität entsprechen, geht doch weit mehr Gewalt von der zivilen Gesellschaft aus als vom staatlichen Sektor –, sondern, daß Gewalt nur dann im Recht ist, wenn sie staatlich getan, gefördert oder erlaubt wird. Der Staat mit seinen Gewaltapparaten hat nicht die Gewalt monopolisiert, er ist vielmehr dazu da, gesellschaftliche Macht und Gewalt in letzter Instanz zu garantieren und abzusichern, d. h. einzugreifen, wenn in der Gesellschaft die Selbstherrschaft aus verschiedensten Gründen versagt.

Strenggenommen kann es auch gar kein Gewaltmonopol geben. Wäre es Realzustand, wäre es überflüssig. Denn wäre es, wogegen könnte es sein? – Eine Gewalt ist keine Gewalt. Das Monopol der Gewalt muß eben auch deswegen behauptet werden, da es von den Normierungen abweichende Gewalt und Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft gibt und geben muß. Es fördert „legale“ und richtet sich gegen „illegale“ Gewalten in der Gesellschaft. Wer „Gewaltmonopol“ sagt,

gibt zu, daß es verschiedene Gewalten gibt, jenes letztendlich bloß eine notwendige Fiktion ist.

Diese Notwendigkeit des bürgerlichen Gewaltmonopols ist die perfekte Negation der Gewaltlosigkeit, sie verdeutlicht nichts anderes als die gegenwärtige Unmöglichkeit der Umsetzung wirklich gewaltfreier Zustände. Gewalt bleibt also auch in der bürgerlichen Epoche immanenter Funktionsbestandteil ihrer Realität. Darüber sollten gerade ihre öffentlichen und privaten Domestizierungen in der Kommunikation nicht hinwegtäuschen. Die Zivilisierung hat die Gewalt nur formal beschränkt und reguliert, inhaltlich waren die Möglichkeiten der Gewalt noch nie so gewaltig wie jetzt.

Das staatliche Gewaltmonopol ist die höchste Stufe der Anerkennung, daß Gewalt in der Gesellschaft existiert. Es ist das Regulierungsinstrument der Gewalten, das bisher fortgeschrittenste und anmaßendste zweifellos. Aber wer sagt, daß die Menschheit auf dieser Stufe stehen bleiben wird, ja soll? Oder glauben

wir gleich Hegels kleinem Nachläufer Fukuyama gar schon an das Ende der Geschichte?

3.

„Die Rechtmäßigkeit dieses Monopols kann natürlich niemals bewiesen werden, da jede Macht, die das Monopol der Gewaltausübung in Anspruch nimmt und sich auf dieses beruft, ihre Macht ausschließlich deshalb „besitzt“, weil sie jederzeit in der Lage ist, diesem Monopolanspruch auf Gewalt mit Hilfe von Gewalt Nachdruck zu verleihen, was sie – hoch der *circulus vitiosus*! – als „beweisen“ und „legitimieren“ ausgibt. Auf diesen *circulus* bzw. Schwindel fallen sogar die Schwindelnden selbst herein, sie glauben – was ihnen natürlich Selbstvertrauen einflößt – ihre eigene Lüge. Kurz: Gewalt legitimiert Gewalt. Scheint diese zu legitimieren. Wer aber, wie unser eins, zu stolz ist, um die Gültigkeit dieses *circulus vitiosus* anzuerkennen, der gilt als „Revolutionär“. Schlimmeres soll uns nicht zustoßen!“, schreibt Günther Anders.

„Was Horkheimer und Adorno ‚gesellschaftlichen Verblendungszusammenhang‘



nannten, läßt sich nirgends besser studieren als am kollektiven Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit, das in Wahrheit ein Bekenntnis zum Gewaltmonopol des Staates ist und damit selbstverständlich gutheißt, was es ablehnt: Gewalt.“ (Türcke) – Auch rechtsstaatliche Gewalt ist Gewalt. Das Bekenntnis zum Gewaltmonopol ist unfraglich ein Bekenntnis zu einer bestimmten Gewalt bzw. Gewaltzulassung, es mit einem Bekenntnis zur Gewaltlosigkeit gleichzusetzen, ist geistige Barbarei. Nur Dummköpfe oder Kretins vermögen das auf einen gemeinsamen Nenner bringen. Wenn Ächtung der Gewalt und Achtung des Gewaltmonopols gemeinsam auftreten, sollten die Alarmglocken läuten. Wer das staatliche Gewaltmonopol bekennt, ist für Gewalt. Es kann gar nicht anders sein.

Gewalt ist so nicht ein Gegensatz zum Recht, sondern sie sind sich gegenseitig Mittel und Zweck. Will das Recht sich durchsetzen, benötigt es die Gewalt, will die Gewalt in hochentwickelten Gesellschaften Bestand haben – und sie muß

Bestand haben, sonst haben die Gesellschaften keinen Bestand – benötigt es die zivilisierte Form des Rechts. Gewalt ist die unabdingbare Voraussetzung des Rechts. Gewalt ist die purste oder originärste Form von Recht, Recht ist die höchste Form der Gewalt.

Der Schlüssel zur Überwindung des staatlichen Gewaltmonopols liegt aber nicht in seiner Rücknahme oder Zerschlagung, sondern in seiner dialektischen, was meint positivierenden wie negatorischen Weiterentwicklung. Nicht die Unterwerfung unter die Ausgangsthese ist angesagt, sondern deren permanente Synthetisierung. Gewalt und Recht müssen so lange synthetisiert werden, bis von ihnen nichts mehr übrigbleibt.

Dieser Prozeß läuft übrigens mit allen seinen Widersprüchlichkeiten bereits ab, ist also kein bloßes Szenario, sondern Wirklichkeit, nach der es sich und die es zu richten gilt. Im Prinzip können wir heute die Entwicklung vom staatlichen zum überstaatlichen Gewaltmonopol beobachten. Das sich ankündigende En-

de der nationalen Souveränitäten weist den Weg. Grundsätzlich ist dies konstruktiv und geht in die richtige Richtung, wenngleich die aktuellen Ausformungen vom Konflikt am Golf bis zum Integrationsprozeß in Europa als wenig sympathisch erscheinen.

4.

Gewalt hängt eng mit dem Wertgesetz zusammen. Ist sie gesellschaftlich verwertbar, kompatibel hinsichtlich von Profiten und Bruttonationalprodukten, wird sie toleriert, ja gefördert, wendet sie sich dagegen, wird sie verfolgt.

Gewalt ist somit nicht, wenn Menschen ausgegrenzt, Einkommens- oder obdachlos werden, wenn sie verelenden oder gar verhungern; Gewalt hingegen ist es, Häuser und Betriebe zu besetzen, illegal einzureisen oder sich Lebensmittel ohne Bezahlung zu verschaffen. Gewalttätig ist auch nicht der Individualverkehr, dessen Lenkwaffen PKW und LKW jährlich Tausende Menschen verletzen und töten, die Umwelt verpesten, Plätze verstellen und Lärm erzeugen; eine

Straßenblockade zweifellos schon. Gewaltsam ist nicht die Herstellung oder der Verkauf von Waffen; gewalttätig hingegen die Sabotage ihrer Auslieferung. Gewalt ist keineswegs, wenn tausende Kumpel freigesetzt werden, d. h. arbeitslos oder gar obdachlos werden, Gewalt hingegen ist, wenn eine Fensterscheibe der FDP-Zentrale in Bruch geht. Gewalt ist auch nicht, wenn Millionen Afrikaner an harmlosen Seuchen sterben, weil sie die Impfstoffe nicht bezahlen können. So ist nun mal die bürgerliche Freiheit: Wer nicht kaufen kann, hat kein Recht. Geld nämlich ist „eine vergeistigte Gewalt, eine geschmeidige, hochentwickelte und schöpferische Spezialform der Gewalt“, sagt Robert Musil. Geld – aber das würde den Rahmen dieses Artikels sprengen – ist heute die gewaltigste Gewalt.

Man könnte die eben angeführten Aufzählungen ins Unendliche fortsetzen, um die anmaßende Absurdität des herrschenden Gewaltbegriffs sinnlich vorzuführen. Das alles steht selbstverständlich mit der bürgerlichen Gesetzlichkeit in vollem Einklang, das ist alles gutes Recht. Gewalt ist nicht, was der Verwertung von Kapital dient, Gewalt hingegen ist, was die Verwertung stört. Auch „die Demokratie kann in ihrem Kern gar nichts anderes sein als ein Gewaltverhältnis zur Garantie des Werts.“ (Robert Kurz)

5.

Ganz positivistisch ist Gewalt in der herrschenden Lehre also das, was das Gesetz für Gewalt erklärt, völlig unabhängig von seinen realen Auswirkungen. So ist das Sprengen

von Strommasten ein schweres Verbrechen, der staatlich legitimierte Massenmord, der Krieg, hingegen nationale Pflicht. Freilich wird dadurch auch klar, wie sehr Recht und Gewalt miteinander verflochten sind, ja in ihrer Substanz das Gleiche darstellen, nämlich Formprinzipien der Durchsetzung gesellschaftlicher Gesetzmäßigkeit.

Halten wir nochmals fest: Gewalt ist immanenter Bestandteil der Gesellschaft. Laut öffentlicher Meinung erscheint das jedoch unter einem anderen Blickwinkel. Ihr ist Gewalt immer bloß Gegengewalt, sie selbst nimmt sich somit aus. „Gegen Gewalt als solche haben sie gar nichts. Allein etwas gegen jede Störung ihres Gewaltmonopols, gegen jede (gegen ihre Gewalt eingesetzte) Gegengewalt“, schreibt Anders.

Wer definiert also Gewalt? Die Staatsgewalt? Die Mediengewalt? Jeder, wie er will? – Klar sollte jedenfalls sein, daß die herrschende Definitionsmacht, die der Opposition ihre Begrifflichkeit samt all ihren Beschränkungen aufoktroiert, gebrochen werden muß. Was ansteht, ist ein anderer Gewaltbegriff, ein dialektisch-historischer, kein metaphysisch-mythologischer, der nachplappert, was vorgeschrieben wird. Gewalt ist also nicht bloß, was in bürgerlichen Gesetzbüchern als solche ausgewiesen wird.

Dort erscheint die herrschende Gewalt als selbstverständlich, die ihr sich widersetzende als verfolgbar. Diesen quasi-totalitären Konsens – nennen wir ihn den abstrakten Staatsfetischismus –, der allem Denken vorausgesetzt sein soll, was nichts anderes meint, als daß das Denken überhaupt aus-



gesetzt sein soll, diesen positivistischen Nonsens gilt es auf allen Ebenen zu überwinden, indem man seine Bedingtheit und seine Bedingungen offenlegt. Der fundamentale Widerspruch in der Begriffsbildung muß herausgearbeitet und vermittelt werden.

6.

Die Gretchenfrage: „Wie hältst Du's mit der Gewalt?“ wird meist gleich einem Glaubensbekenntnis beantwortet. Eben das wird auch eingefordert. Im Prinzip gilt es aber die Fragestellung zu destruieren, ihren Charakter als Fangfrage zu demaskieren. Fangfrage deshalb, weil sie Gewalt aus ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen und Absichten reißt, weiters ein abstraktes Credo einfordert, das nichts anderes sein kann als eine konkrete Zustimmung zum Bestehenden.

Der Kern des Staatsbekenntnisses kann laut Max Weber jedenfalls in nichts anderem als im Gehorsam liegen. „Gehorsam“ soll bedeuten: daß das Handeln des Gehorchenden im wesentlichen so abläuft, als ob er den

Inhalt des Befehls um dessen selbst willen zur Maxime seines Verhaltens gemacht habe, und zwar lediglich um des formalen Gehorsamsverhältnisses halber, ohne Rücksicht auf die eigene Ansicht über den Wert und den Unwert des Befehls als solchen.“ Das gilt es jetzt nicht in autoritärer Manier zu beklagen, sondern bloß einmal festzuhalten. Dem Staat vorzuwerfen, daß er den Gehorsam kategorisch einfordert, ist aber genauso dumm, wie ihn prinzipiell einzuhalten.

Die Alternative zum Gehorsam ist aber nicht der Ungehorsam, auch nicht der zivile. Ungehorsam ist überhaupt eine demütigende Vokabel – so nach dem Motto: Laßt uns doch auch ein bißchen ungehörig sein! Ungehorsam kommt über das prinzipielle Bekenntnis, d. h. eine grundsätzliche Akzeptanz vorgefundener gewalttätiger Verhältnisse nicht hinaus. Ich plädiere jedoch für eine ausgesprochen taktisch-pragmatische Ausrichtung emanzipatorischen Handelns. Einwirkungen und Anerkennung staatlicher und ziviler Gewalt werden ihrem Inhalt

nach beurteilt, nicht ihrer Form nach affirmiert. Das mag nicht immer real ausschlaggebend sein, es muß aber doch als ideelle Richtschnur dienen.

Der ehemalige ÖVP-Abgeordnete Felix Ermacora hat es an die Adresse der Grünen deutlich ausgesprochen: „Sie müssen einer dialektischen Widerstandsauffassung abschwören, sich tatsächlich offen zur Gewaltlosigkeit in der Demokratie bekennen und nicht zugleich sagen, daß Sie sich dennoch zum Recht auf Widerstand bekennen.“ Wo er recht hat, hat er recht. Widerstand ist Gewalt, was sonst, er ist – kommt er zu sich – stets aktive Resistenz, nicht passive Renitenz.

Genau vor dieser „dialektischen Widerstandsauffassung“, die einerseits das Gewaltmonopol als historischen Fortschritt benennt, andererseits aber die Notwendigkeit betont, es in Streiks, Demonstrationen, Besetzungen – im Kern allesamt letztlich Sabotagen oder Manifestationen gegen Produktion, Zirkulation und auch Privateigentum – immer wieder in

Frage zu stellen, haben die Endzeitphantasten der Demokratie viel Furcht.

Die Fangfrage: „Wie hältst Du es mit dem Gewaltmonopol des Staates?“ ist nicht eindeutig und endgültig entscheidbar. Hier sind alle Parolen wie das demokratische „Hoch das: ...“ oder ein barrikadenverliehtes „Weg mit: ...“ unangebracht.

Man muß auch nicht alle Fragen so beantworten, wie sie gestellt worden sind. Das Gewaltmonopol ist vielmehr historisch einzuordnen, nicht als Endpunkt der Entwicklung öffentlicher Kommunikation anzusehen. Es ist einerseits als ein positiver Schritt zur Überwindung vielfältigster Gewaltpole zu begrüßen, andererseits aber auch als Hemmschuh emanzipatorischer Prozesse zu erkennen. Es ist das Korsett des Rechtsstaates, ohne das er im Guten wie im Schlechten nicht bestehen kann. Das Gewaltmonopol ist eine progressive wie regressive Größe, somit ein relativer Wert.

7.

Die Gewaltfrage konnte bisher nie eine vorrangige sein, sondern stets eine sekundäre. Die Frage ist also gar nicht die, ob man für Gewalt ist oder nicht, sondern welche man in bestimmten Situationen für zulässig und sinnvoll, notwendig und unumgänglich erachtet. Das ist meist keine Frage des Wollens, sondern eine des Müssens. Und eine, die sich allen Gesellschaftsmitgliedern stellt.

Gewalt ist jedenfalls nicht bloß eine Frage der Notwehr, sondern durchaus eine der Strategie. Sie ist eine optionale Größe. Wer sie ausklammert, beschneidet sich der Möglichkeiten, die der

Gegenseite zur Verfügung stehen. Keine wirklich ernsthafte Diskussion kann sich daran vorbeiswindeln. Doch nicht debattiert wird heute, sondern das Abweichende verfolgt. Im Trommelfeuer von Medien und Politik soll es dazu gebracht werden, sich den Stoßgebeten anzuschließen, sich in Glaubensbekenntnissen und Fürbitten zu ergehen, selbst nur noch das Erlaubte zu erlauben.

Die Nichthörigen sollen abschwören. Gewalt wird sakralisiert. Genau diese fetischisierte, ja schon religiöse Tabuisierung gilt es zu durchbrechen. Das Konzil der Demokraten verhält sich eben nicht anders als die Katholische Kirche gegenüber einem Jan Hus oder einem Giordano Bruno. Nur das Anzünden erledigen die rechten Brandstifter, die in Wahrheit nichts anderes sind als die letzte Zuspitzung der Demokratie selbst. Sie wollen ausmerzen, was der demokratisch gesunde Menschenverstand sowieso nicht leiden kann.

Gewarnt werden muß auch vor dem blindwütigen Distanzierungsseifer. Distanzieren meint die offene Deklaration eines Wegbegebens. Die Distanzierung gehört zum Ritual der Herrschaft, sie gleicht dem Stoßgebet einer Abschwörung. Sie setzt aber doch – und gerade darin liegt ihre Tücke – voraus, daß man in der Nähe einer (inkriminierten) Handlung und der Handelnden anzusiedeln gewesen war. Sie ist somit ein Geständnis wider Willen, zeugt von schlechtem Gewissen, unterstellt Verwerflichkeit und Verantwortlichkeit. Der Übergang von der Beurteilung zur Verurteilung ist ihr typisches Kennzeichen. Letztendlich meint

Distanzierung auch Selbstverurteilung. So bleibt am Distanzierer etwas vom Distanzierten hängen.

Die Konstruktion von Distanzierung und Verurteilung gibt bereits einen Inhalt vor, sie ist nicht nur Form. Wer sich distanziert, hat schon verloren. Distanzierung ist eine verräterische Größe, sie verrät andere wie sich selbst. Von der Distanzierung profitieren weder die Distanzierer noch die Distanzierten, sondern jene, die aus sicherer Distanz diesem Schauspiel folgen. Der Aufruf, keine eilfertigen Distanzierungen zu leisten, ist natürlich überhaupt keine Absage an die Kritik. Im Gegenteil, er ist Voraussetzung, will diese ankommen.

8.

Faktum bleibt, daß alle Bewegungen, wollten sie erfolgreich sein, das Gewaltmonopol antasten mußten, von der Arbeiterbewegung, als sie das Streikrecht, das Wahlrecht oder die Koalitionsfreiheit erkämpfte, bis zur Ökologiebewegung, als es etwa an die Besetzung der Stopfenreuther Au ging. Oder denken wir an Wackersdorf. Niemand wird heute ernsthaft bezweifeln, daß nicht der militante Widerstand bei der Verhinderung der Inbetriebnahme der WAA eine herausragende Rolle spielte. Die mögliche Durchsetzung seitens des Staates und der Betreiber hätte zuviel gekostet, die Gewalt hatte ihren Zweck erreicht.

In bestimmten Kämpfen ist es angebracht, über rechtsstaatliche Schranken hinwegzuschreiten, und das ist auch gängige Praxis. Ob Legalitätsbrüche sinnvoll sind oder nicht, hängt von der jeweiligen Situation ab. Das

schließt eine Menge von taktischen Überlegung mit ein, wobei verschiedene Kriterien (Wirksamkeit, Mehrheitsfähigkeit, Bündnispartner, Gefährdungsausschluß, Mobilisierungsgrad, Vermittlungsmöglichkeit, Kampagnenfähigkeit etc.) beachtet werden müssen.

Der Zweck heiligt die Mittel, die den Zweck heiligen. Beide bilden eine Einheit, sind jedoch nicht eins. Auch wenn Momente des Ziels im Weg vorweggenommen sein müssen – nur so ist das Ziel spürbar, perspektivisch greifbar –, ist der Weg nicht das Ziel und das Mittel nicht der Zweck. Was natürlich auch heißt, daß dem Ziel wesensfremde Elemente in den Weg einfließen können, ja müssen.

Es ist so keineswegs auszuschließen, daß etwa Hausbesetzungen – zweifellos Akte der Gewalt – zu einem wichtigen Faktor im Wohnungskampf werden, sie nicht durchaus auch breite Sympathien in der Bevölkerung erzielen könnten, wenn es gelingt, die Anliegen richtig zu vermitteln. Denn was sind Hausbesetzungen objektiv anderes als die praktische Verdeutlichung, daß Wohnen und Markt immer weniger zueinanderfinden können, daß ein menschliches Grundbedürfnis nicht mehr befriedigt werden kann, Ausdruck des Widerspruchs, daß materiell vorhanden, was monetär nicht leistbar ist. Dieses Gefühl ist durchaus merkefähig, es hat nur noch nicht den Charakter eines wissenden Bewußtseins. Daran gilt es zu arbeiten. Ähnliches könnte übrigens der massenhaften Propagierung eines Mottos des jetzigen Literaturnobelpreisträgers, Dario Fo, gelten: „Be-

zahlt wird nicht“ heißt eines seiner bekanntesten Stücke.

Legitimität und Legalität sind nicht eins. Auch der Rechtsstaat und das Gewaltmonopol können nicht bloß positiviert werden. Es gilt das Bewußtsein zu wecken bezüglich ihrer historischen Beschränktheit und ihrer antiemanzipatorischen Einschränkungen. Gewaltmonopol und Recht sind so Quellen wie Grenzen menschlicher Befreiungen.

9.

Jede emanzipatorische Praxis zielt auf die Überwindung von Herrschaft. Gewaltfreiheit weist auf diesen Zweck, verabsolutiert ihn jedoch nicht als Mittel. Freiheit ist keine Losigkeit, Gewaltfreiheit somit nicht mit Gewaltlosigkeit zu verwechseln. Das Prinzip der Gewaltfreiheit ist nicht mit dem Dogma der Gewaltlosigkeit gleichzusetzen.

Gedankenfreiheit und Gedankenlosigkeit sind ja nicht eins, auch wenn sie oft so erscheinen. Wie Gedankenfreiheit letztendlich nur in der Befreiung der Gedanken eminent sein kann, so die Gewaltfreiheit nur in der Befreiung von Gewalt. Gewaltfreiheit, wie wir sie hier vertreten, ist genau in diesem Sinne zu verstehen.

Gewaltfreiheit ist ein richtiger Inhalt, Gewaltlosigkeit eine unrichtige Form. Der Schritt vom Prinzip der Gewaltfreiheit zum Dogma der Gewaltlosigkeit ist daher kein logischer. Er ist die Verwechslung von Form und Inhalt notwendiger Pazifizierung und konkreter Umsetzung.

Prinzipien sind daher – ungleich falsch verabsolutierten Dogmen – immer dazu da, verletzt zu werden, um aufrechterhalten werden zu können. Jede Regel kennt ih-

re Ausnahmen, ja keine Regel kann ohne Ausnahmen bestehen, keine ist allgemeingültig. Es fragt sich also, wo die Bruchstellen verlaufen bzw. wo diese gezogen werden müssen. Es ist bisher immer ein Fehler gewesen, anzunehmen, daß man das, was man kritisiert, nicht darf. Diese masochistische Selbstfesselung ist unerträglich in einer falschen Gesellschaft, sie verabsolutiert Richtiges in un(auf)richtiger Weise. Was in der Praxis selbstverständlich ist, muß auch in die Theorie durchschlagen. Die „linke Moral“ hat eine doppelte zu sein.

10.

Das Verhältnis zur Gewalt kann man sich nicht aussuchen. Da sie einen in der einen oder anderen Form immer wieder einholt, sollte die Versuchung irgendeines Bekenntnisses unterlassen werden. Gefordert ist ein dialektisches Verständnis von Gewalt, keine metaphysische Affirmation, kein demokratiebesoffenes „Nein zu!“, aber auch kein autonomiebetreffendes „Hoch die!“.

Wer in solchen Gegensatzpaaren denkt, denkt wenig. Er begreift vor allem Gewalt nicht als gesellschaftliche Variante, die gesamte menschliche Vorgeschichte prägend, sondern primär als individuellen oder kollektiven Akt der Repression. Er hat keinen kritischen Bezug zur Gewalt, sondern einen kategorischen, ja ignoranten, da hier Gewalt zu einem positiven oder negativen Zweck wird, nicht auf ein Mittel beschränkt bleibt.

Die Gewaltfrage muß offengehalten werden, weil sie offen ist. Wer sie zumacht, hat nicht sie zugemacht, sondern sich selbst. Ein absoluter Ge-



waltverzicht ist heute nicht möglich und sollte auch nicht propagiert werden. Die Befürworter des Gewaltmonopols haben das verstanden und sich auf eine bestimmte Gewalt – die des Staates, bzw. jene, die er zuläßt – verständigt, warum aber sollte eine radikale Opposition dasselbe tun? Zu wessen Nutzen? Doch nicht zum eigenen?

Wer also meint, man könne seine Stellung zur Gewalt restlos klären, hat von ihr aber auch schon gar nichts verstanden. Abklärung nützt nichts, Aufklärung tut not. Wer heute im liturgischen Kanon behauptet, Gewalt könne aus der politischen Kommunikation ausgeschlossen werden, irrt. Sie keimt an allen Ecken und Enden. Und es ist zu befürchten, daß sie in Zeiten sozialer Verelendung zunehmen wird. Daß sie weg soll, ist freilich keine Frage, die Pazifizierung der gesellschaftlichen Entwicklung war und ist eine stete Anforderung emanzipatorischer Praxis. Nur kann Notwendigkeit

oder Möglichkeit nicht als permanente Aktualität aufgefaßt werden.

Mein Standpunkt ist einer, der Gewalt kritisiert, aber nicht ausschließt. Er beinhaltet ganz nüchtern folgende Kernsätze:

Erstens: Gewalt ist Gewalt. Es gilt jene als solche zu bezeichnen, Gewalt zu erkennen und richtig zu benennen, unabhängig von ihren Trägern und Absichten. Hier geht es um ihre Identifizierung.

Zweitens: Gewalt ist nicht Gewalt. Es gilt sich stets zu fragen, was ihr Zweck ist, ob sie diesen erfüllt, wes gesellschaftlichen Charakters die Handlung ist. Gewalt ist in ihrer Potenz vielfältig. Hier geht es um ihre Differenzierung und Einordnung.

Drittens: Nichtgewalt ist Gewalt. Normalerweise gilt als Gewalt nur die sinnlich wahrnehmbare und rechtlich nachweisbare Schädigung von Objekten. Man glaubt von Tätern und Opfern sprechen zu können. Doch mit fortschreitender Zivilisation

haben sich die Schäden zusehends vergesellschaftet, d. h. sie sind viel seltener mittelbar als unmittelbar, können nicht dingfest gemacht und personalisiert werden. Auswirkungen und Einwirkungen fallen nicht unmittelbar zusammen, sie sind zeitlich und örtlich, kausal und formal voneinander getrennt. Nicht jede Gewalt zeigt sich, vor allem die ökologische Krise verdeutlicht das. Gewalt ist also immer weniger indiskret und direkt, sondern diskret und leise, mehr radioaktiv als aktiv. Mehr als ihre akute Seite muß man heute ihre chronische Dimension thematisieren. Gewalt ist jedenfalls primär von der vermittelten Auswirkung her zu diskutieren, nicht von der unmittelbaren Einwirkung.

Gewalt als elementares Ereignis der gesamten menschlichen Vorgeschichte wird auch weiterhin in progressiven und regressiven Varianten auftreten, ja diese werden nicht immer eindeutig bestimmten gesellschaftlichen Trägern zuordbar sein. So kann selbstverständlich auch polizeiliche und militärische Gewalt zu verschiedensten Anlässen fortschrittlich sein, während autonome Gewalt sich kontraproduktiv entlädt.

Gewalt wird jedenfalls so lange sein, so lange Herrschaft ist. Wer heute schon ihren Abgesang veranstaltet, veranstaltet die Möglichkeiten der Emanzipation, erniedrigt sie, belegt sich mit Denk- und Handlungsverboten. Die Spirale der Gewalt kann in der bürgerlichen Epoche trotz aller zivilen Befriedungsversuche letztendlich nicht durchbrochen werden. Nach wie vor gilt daher:

Emancipatio sine potestate non est!



Die Freiheit zum Amoklauf

Michael Haneke, der renommierteste österreichische Regisseur, hat viele Filme gedreht. Über die Gewalt im Privaten. Die Bereitschaft, Streit mit der Waffe auszutragen. Auch über die Aufbereitung dieser Exzesse. Um dieses Thema kreist das Werk des Michael Haneke nun schon seit zwanzig Jahren. Da er dieses Phänomen vor allem der österreichischen Gesellschaft zugeschrieben hat, wurde auch er bald zum Nestbeschmutzer gestempelt. Sein Werk ist hierzulande daher geringgeschätzt.

VON PETER STEYRER

Maunerndorf und Mödling heißen die blutigen Schauplätze des Herbstes 1997. Zöbern und das Gericht in Linz Urfahr sind in der medialen Chronik fest eingeschrieben. Die Amokläufer und Geiselnnehmer sind „Waffennarren“ oder Kinder von solchen. Es sind Ausbrüche aus dem traurigen Alltag ihres kleinen Lebens. Die Schützen und Jäger sprechen vom falschen Gebrauch von Waffen. Das Zerstörungspotential befreit sich.

Tradition haben Selbstmörderinnen und Selbstmörder. Österreich liegt an der Spitze der internationalen Statistik. Selbstmord ist die vierthäufigste Todesursache. Jetzt gibt es die wachsende Gruppe der Mörder, die scheinbar grundlos, im Affekt, aus einer Emotion heraus handeln. Wie schön läßt sich ein Raubmord, im Vergleich zu einer solchen Affekttat erklären. Eine Leerstelle bleibt. Dieser Wunsch nach Auslöschung

anderer zur Bewältigung der eigenen Inferiorität wächst ganz offensichtlich.

Und es klingt nach Echo auf eine Gesellschaft, die viel unterdrückte Gewalt in sich trägt. Da zerfällt eine Harmonie, die auf der Gleichsetzung von Aggression und Gewalt beruht hat. Fast jeder kennt die Dorfgasthäuser, in denen die lustige Gesellschaft plötzlich in lautstarken Streit ausbricht. Ein Wort gibt das andere, und schon fliegen die Fäuste. Vor Anlaßgesetzgebung wird gewarnt! Oder noch viel vertrauter: Bis in die eigenen Poren bekannt, ist die Gewalt der Eltern gegen die Kinder. In dieser Welt der Einfamilienhäusler, in denen die Gitterbetten des Ausgeliefertseins schon aufgestellt sind, bevor noch das erste Kind das Licht der Welt erblickt hat. Gautsch, der Amokläufer von Maunerndorf, hat länger gedient. Die historisch weitgehend überwundene Gewalt im Verhältnis zwischen Natur

und Mensch hat sich in Österreich zwischen die Menschen geschlichen. Jetzt steht sie als naturgegeben da. Das läßt sie so manifest erscheinen. Und sie ist manifest, aber wer wird denn gleich zu völlig sinnlosem Verbot greifen.

Da sind auch viele Anwälte der Bewaffnung von Privatpersonen. Die Schützenvereine, Jäger, Kameradschaftsbünde. Polizisten und Soldaten reden der freien Wildbahn das Wort und haben den zivilisatorischen Sinn des Gewaltmonopols längst vergessen. Es sind immer mehr Leute, die sich bedroht fühlen. Die Taxler und Wächter und Schließer, die Geldbriefträger und Bankbeamte, die Prostituierten und Pensionisten und dann alle anderen, die einmal in der Nacht unterwegs waren und sich geängstigt haben: eigentlich alle! Und da gibt es den Hund, die Waffe, die nehmen manchem die Angst. Bei den anderen treibt sie die Angst hervor. Österreich hat hervorragende Markenprodukte und Rassehunde. So bewaffnen und behunden sich hier immer mehr Leute. Schließlich sind wir ja alle mündig. (Der Begriff Mündigkeit ist so als Fähigkeit zur selbstbestimmten Gewalttat zu einem ganz besonderen neuen Bedeutungsinhalt gekommen. Die Freiheit ist immer die Freiheit zur Gewalt gegen andere.)

Es gibt nur Schätzwerte zum privaten Waffenbesitz. Am 1. Jänner 1997 waren im Innenministerium 229.668 Waffenbesitzkarten und 110.263 Waffenpässe registriert. Der Mödlinger Amokläufer war Zeitsoldat – früher. Im Amt geht man von zwei Waffen pro Dokument aus. Also dürften zwi-



schen 600.000 und 800.000 Revolver und Pistolen in Umlauf sein. Auch für Gewehre und Flinten, die nicht registriert werden müssen, gibt es nur Schätzungen. Ein bis zwei Millionen Stück meinen Experten aus dem Innenministerium. Und da war doch irgendwann ein Jugendlicher, der seine Familie im trauten Heim mit der Pumpgun umgelegt hat. Die Pumpgun ist verboten worden. Von den 50.000 in Umlauf befindlichen Stück wurden amtlichen Angaben zu Folge 10.000 zurückgegeben. Darin wird doch niemand eine strafbare Handlung sehen. Nur weil man seine Pumpgun behält. In den vergangenen zehn Jahren dürften sich doppelt so viele Menschen bewaffnet haben. In Wien gibt es bereits in jedem dritten Haushalt eine Waffe. Das ist mehr als in Washington.

Es ist die einzige Freiheit, die diese Gesellschaft noch kennt. Die Freiheit zum Gewaltakt. Jede andere wird im Vergleich zu dieser zu einer Belanglosigkeit. Das unbedeutende Dasein kleiner, einsamer Männer wird kurz

durchbrochen. Und niemand wird meinen, daß unsere Büchsenmacher, Revolver- oder Pistolenfabrikanten besonderen Einfluß auf die Politik zu nehmen versuchen. Außerdem ist allen mehr gedient, wenn langsam eine Mehrheit und irgendwann alle Österreicherinnen und Österreicher mit einer Waffe ausgerüstet, selbstverteidigungsfähig und frei sein werden. Das wird uns eine Sicherheit geben, wie sie nie vorher größer gewesen sein wird. ■

Szenenfotos aus „Benny's Video“ (1992), zweiter Teil von Michael Hanekes Trilogie über Gewalt im Alltag

© Stadtkino, Wien

druck grafik
resch & vana
Tel 0222/8932358 Fax 0222/89323584
1150 Wien, Lichtg.10

Keinen Menschen, keinen Groschen für die NATO!

VON LORENZ GLATZ

Zwei Neutralitäten

Mit dem Status der „Immerwährenden Neutralität“ waren in Österreich von Anfang an zwei sehr unterschiedliche Vorstellungen verbunden.

Für die einen war Neutralität schlicht der Preis für den Abzug der Besatzungstruppen, vor allem der sowjetischen. In den Zeiten des Patts der Supermächte war sie die Grundlage für gute Geschäfte und politische Vermittlungsaktionen zwischen den beiden Blöcken. Diese Art Neutralität war weniger der Versuch, sich von beiden unabhängig zu halten als vielmehr der Versuch, beiden bei der Aufteilung der Welt gute Dienste zu leisten.

Diese Auffassung von Neutralität wurzelt vor allem in den Interessen der Eliten in Politik und Wirtschaft. Die große Zeit dieser Neutralität war die Ära Kreisky, als die damit verbundene „aktive Neutralitätspolitik“ auch von den in Österreich tätigen Banken und Konzernen als nützliches Mittel der Außen- und Wirtschaftspolitik anerkannt wurde.

Für weniger betuchte und weniger maßgebliche Leute war an der Neutralität aber anderes viel wichtiger: In zwei Weltkriegen ist die österreichische Bevölkerung für die Macht-

und Geschäftsinteressen deutscher und deutsch-österreichischer Herren ausgenutzt worden. Die Neutralität soll(te) uns helfen, eine ähnliche Katastrophe in der Zukunft zu vermeiden.

In der politischen Praxis war diese „Neutralität der Unteren“ zwar seit jeher bestenfalls eine Art Abfallprodukt der „Neutralität der Oberen“, aber sie ist bis heute der wohl wesentlichste Grund für die anhaltende Beliebtheit des Neutralitätsstatus in der Bevölkerung und damit für das Zögern vieler Politiker, auch von solchen der ÖVP, den NATO-Beitritt einfach „durchzuziehen“.

Die „Neutralität der Oberen“ ist gegenstandslos geworden

Mit dem Niedergang des Ostblocks in den achtziger Jahren war der „Neutralität der Oberen“ die Geschäftsgrundlage entzogen. Unter dem massiven Druck der seit den siebziger Jahren immer mehr von (meist deutschen) Auslandskonzernen dominierten Wirtschaft ist die österreichische Politik zur Anlehnung an Deutschland zurückgekehrt: Der EU-Beitritt ist der bisherige Höhepunkt dieser Ausrichtung. Die NATO-Annäherung ist die konsequente Fortsetzung dieser Politik im Schlepptau des „großen Bruders“.

Das Gemisch der zwei Neutralitäten ist damit aufgelöst. Die „Neutralität der Unteren“ wird nunmehr als Verweigerung einer so-

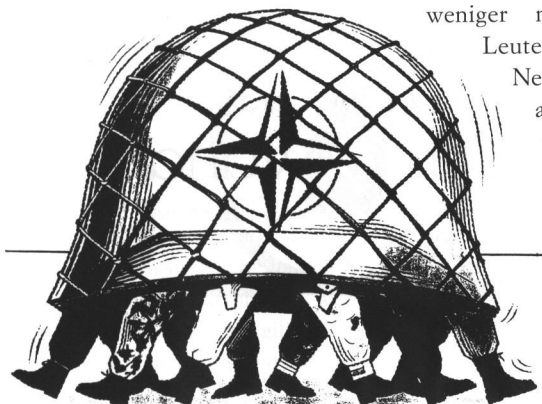
nannten „Solidarität“ denunziert, unter der man jetzt die Beteiligung an Krieg und Einmischung in der ganzen Welt versteht. Und die Durchsetzung von Machtinteressen wird als „humanitäre Hilfe“ und als „Schutz der Menschenrechte und des Völkerrechts“ bezeichnet.

„Kern-Neutralität“ ist NATO-kompatibel

Viele Menschen sind gegenüber dieser angeblich „solidarischen“ Ausrichtung der Politik mißtrauisch, vor allem dann, wenn sie mit der offenen Aufforderung verbunden wird, das Neutralitätsgesetz abzuschaffen. Damit bleibt ein solcher Schritt für die Eliten bis heute politisch riskant. Als zumindest vorläufiger Ausweg diente und dient der Rückzug auf den sogenannten „Kern der Neutralität“: kein NATO-Beitritt, keine Truppenstationierung.

Das wird von der ÖVP als Zwischenlösung auf dem Weg zum NATO-Beitritt verstanden, von der SPÖ hingegen oft als „Anpassung der Neutralität“ an die neue Weltlage dargestellt. In jedem Fall aber ist das eine Politik, mit der alle aktuellen NATO-Forderungen erfüllt werden können und mit der zugleich der Bevölkerung bei Bedarf weiter eingeredet wird, daß Neutralitätspolitik gemacht wird.

Österreich hat sich seit dem Golfkrieg an allen Einsätzen von NATO-Staaten in der einen oder anderen Weise beteiligt, von



Überflugs- und Durchfahrtsgenehmigungen bis zur Entscheidung von eigenen Truppen.

Als EU-Mitglied betreibt unsere Regierung mit den EU-Mächten eine „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“. Als Teilnehmer an der sogenannten „Partnerschaft für den Frieden“ trifft Österreich alle Vorbereitungen für die weitere militärische Einbindung in die „NATO neu“, die uns gern als „Friedensorganisation“ dargestellt wird. Der wesentliche Unterschied dieser neuen NATO zur alten ist aber, daß die neue ihr Einsatzgebiet auf die ganze Welt erweitert hat. Die „NATO neu“ ist dazu da, weltweit im Namen des Friedens und der Hilfe die wirtschaftlichen und politischen Vorstellungen des Westens durchzusetzen.

Es gibt keine Neutralität zum „Beibehalten“

Trotzdem reden SPÖ-Politiker, Grüne und viele andere NATO-Gegner vom „Beibehalten der Neutralität“, so als ob die österreichische Politik etwas mit einer Neutralität zu tun hätte, von der sich die Bevölkerung einen Schutz vor Kriegsabenteuern erwarten könnte und so als ob Österreich schon deswegen neutral wäre, weil das Neutralitätsgesetz noch nicht abgeschafft und das Land noch nicht der NATO beigetreten ist.

Die Neutralität, wie sie vor allem SPÖ-Politiker (im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU!) „beibehalten“ wollen, ist nichts als eine Art „solidarischer“ Flankenschutz für die NATO. Sie besteht bestenfalls darin, Großmachtsprüche diploma-

tisch „abzufedern“ und zu verschleiern.

Eine „aktive Neutralitätspolitik“ à la Kreisky, wie sie von vielen NATO-Gegnern verlangt wird, ist vollends illusionär. Es gibt kein Supermächte-Patt mehr, das Spielraum für Lavieren bieten würde. Es geht heute nicht um die Alternative „Vermitteln“ oder „Stillsitzen“, wie auch viele NATO-Gegner meinen, sondern es geht um die Frage, ob wir uns an der Durchsetzung des Diktats der Westmächte über den Rest der Welt beteiligen oder uns der Einbeziehung in deren Strategie widersetzen.

Die Bevölkerung soll „NATO-reif“ gemacht werden

Das Hinauszögern der offenen Entscheidung über einen NATO-Beitritt dient dazu, die Bevölkerung an die faktische Gleichschaltung mit der Blockpolitik zu gewöhnen: an die Benützung Österreichs als Durchmarschgebiet und an die Beteiligung österreichischer Soldaten an den Militäraktionen der NATO-Länder. Wir sollen unser Heil wieder auf der „Seite der Starken“ suchen, die sich natürlich als die Guten ausgeben. Wir sollen vergessen, was aus unserer Geschichte über unsere Beteiligung an Großmachtpolitik zu lernen ist: Daß am Ende nämlich Hunderttausende von uns an ihr gestorben sind und wieder sterben werden, wenn wir mittun.

Das Neutralitätsgesetz soll offenbar möglichst so lange „beibehalten“ werden, bis es auch für oberflächliche Betrachter gegenstandslos und seine Abschaffung für jeden erkennbar zur Formalität geworden ist. Nach der Logik der bisherigen Politik wird



dann auch die Führung der Sozialdemokratie die NATO-Parole übernehmen. Erst dann ist die Zeit für eine Volksabstimmung „reif“, in der dann die Verantwortung für alle Folgen eines NATO-Beitritts der Bevölkerung zugeschoben werden soll. Wie man dabei zumindest für den entscheidenden Zeitabschnitt „die Gedanken der Herrschenden zu den herrschenden Gedanken“ macht, haben die Spitzen der österreichischen Politik und Wirtschaft anlässlich der EU-Abstimmung eindrucksvoll vorexerziert.

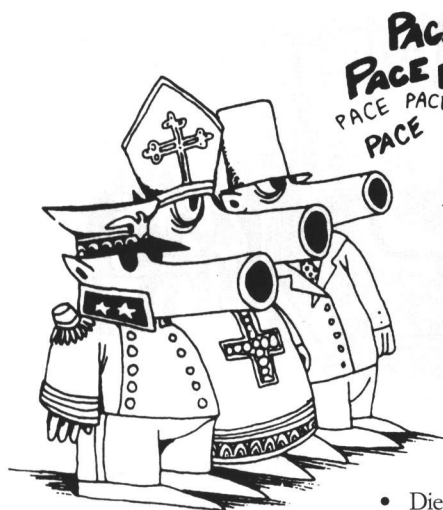
Ein Weg in den Krieg führt auch am Neutralitätsgesetz vorbei

Gegen die Propaganda der Neutralität-Abschaffer und NATO-Einpeitscher ist eine starke Mehrheit der Österreicher bis heute resistent geblieben. In konkreten Situationen ist es aber österreichischen Einmischungspolitikern mit massiver Hilfe der Medien durchaus gelungen, Kriegshysterie und Zustimmung für westliches Dreinschlagen zu mobilisieren. Die Anti-Irak-Hetze und das „Serbien-muß-sterben“-Geschrei von 1991 sind da schlimme Beispiele. Auch die Menschenhate an den Grenzen der Festung Europa, die Ausgrenzung und Schikanie-

rung der Immigranten sowie die innere Aufrüstung gegen alle, die nicht strammstehen, gehören zu diesem gefährlichen Programm der „Wehrhaftmachung“. Dabei wird die Frage der Neutralität und des NATO-Beitritts gar nicht angesprochen, sondern die Bevölkerung soll mit Hilfe alter Vorurteile und einer massiven Hetze kriegsreif gemacht werden. Nicht zuletzt auch dadurch, daß man den „Helden“ unter uns zu verstehen gibt: Wenn wir mit der NATO marschieren, sterben (fast) nur die anderen. Ganz nach dem brutalen Motto österreichischer Bundesheer-Soldaten in Bosnien: „Alle Tschuschen schweigen still, wenn mein starker Arm es will“. So sind aber schon unsere Väter und Großväter bis Stalingrad gekommen.

Was österreichische NATO-Gegner tun sollten

Angeichts der schwierigen Lage sollten sich NATO-Gegner in Österreich auf eine lange Perspektive einstellen und keinesfalls Volksabstimmungen oder Volksbefragungen in das Zentrum ihrer Überlegungen und ihres Auftretens stellen. Beide Einrichtungen werden angesichts der Machtverteilung von den Eliten im Bedarfsfall jedes demokratischen Inhalts entleert.



Entscheidend für die Zukunft wird aber sein, ob wir uns ein richtiges Verständnis der Lage erarbeiten und unter der Bevölkerung verbreiten können. Nur dann werden wir auch organisieren und mobilisieren können, wenn Menschen zum Widerstand bereit sind.

Worüber wir uns meiner Meinung nach klar werden

sollten, dazu zum Abschluß einige Punkte in Behauptungsform:

- Die westlichen Werte, für die EU, USA und NATO eintreten, sind nicht Demokratie und Menschenrechte, sondern Dollar-, DM-, Pfund- und Francs-Aktien.
- Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ der EU hat nichts anderes im Sinn als die der USA und jeder anderen Großmacht auch: Ausdehnung der eigenen Macht um jeden Preis.
- Die sogenannte „Partnerschaft für den Frieden“ dient nur dazu, daß auch wir mitzahlen, mitschießen und am Ende mitsterben.

- Die Wirtschaft der Banken und Konzerne kommt im Kampf ums Öl (und andere Ressourcen) und im Kampf um die Märkte ohne Gewalt nicht aus.
- Die NATO ist keine Friedensorganisation, sondern macht Front: Front gegen Rußland, gegen die Entwicklungsländer, gegen alles, was sich dem großen Geld nicht fügt.
- Österreich ist bedroht: einerseits durch den Druck der NATO, uns ihr zu unterwerfen; andererseits genau durch die Unterwerfung unter die NATO und die Beteiligung an ihrer Politik.
- Die militärische Führung des Bundesheeres und der Verteidigungsminister schützen uns nicht vor diesen Gefahren, sondern sind selbst ein wesentlicher Teil dieser Gefahren.

- Die in Österreich herrschende Politik ist ein schwerer Rückfall in finstere Zeiten: in die Politik der Anlehnung an Deutschland und an die Gemeinschaften und Bündnisse, denen Deutschland angehört und die es zum Teil auch dominiert. Eine solche Politik hat uns zweimal in einen Weltkrieg geführt.
- Das Ziel der „Neutralität der Unteren“ – nämlich nicht wieder für Banken und Konzerne ins Feuer geschickt zu werden –, ist nur zu erreichen, wenn diese „Unteren“ sich selbst massenhaft dafür einsetzen.
- Was wir wollen, wollen auch viele andere Menschen in Österreich und in anderen Ländern. Mit ihnen ist Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung möglich.

Ungarns „Amoklauf in die NATO“

Am 16. November 1997 stimmte die ungarische Bevölkerung bei einem Referendum mit überwältigender Mehrheit für den NATO-Beitritt ihres Landes.

VON GERHARD JORDAN,
MITARBEIT: KLARA RAJKI

Die Volksabstimmung

Am Abstimmungstag waren 3.327.118 UngarInnen (85,3 %) für einen Beitritt zur NATO und nur 572.084 (14,7 %) dagegen. Die Beteiligung betrug nur knapp über 49 %. Damit wäre an sich das Referendum ungültig, weil die 50 %-Marke nicht erreicht war. Da jedoch mehr als 25 % der Stimmberechtigten sich für die gleiche Antwort (nämlich „Ja“) entschieden, war die Gültigkeit doch gegeben. In West- und Südungarn war die Zustimmung etwas größer als in den östlichen Teilen des Landes.

Zum Ergebnis muß angemerkt werden, daß alle Parlamentsparteien – also die re-

gierenden Sozialisten (Ex-Kommunisten) und ihr liberaler Koalitionspartner SZDSZ (Bund Freier Demokraten) wie auch die konservative Opposition aus MDF (Ungarisches Demokratisches Forum), Kleinlandwirtpartei, Christdemokratischer Volkspartei und den rechtsliberalen Jungdemokraten (FIDESZ) – dezidiert für ein „Ja“ eingetreten waren, dazu noch der Staatspräsident, der Klerus, die Gewerkschaften und praktisch das gesamte Medien-Establishment. Parallelen zur österreichischen EU-Abstimmung 1994 drängen sich auf.

Der Fragestellung der Volksabstimmung – „Sind

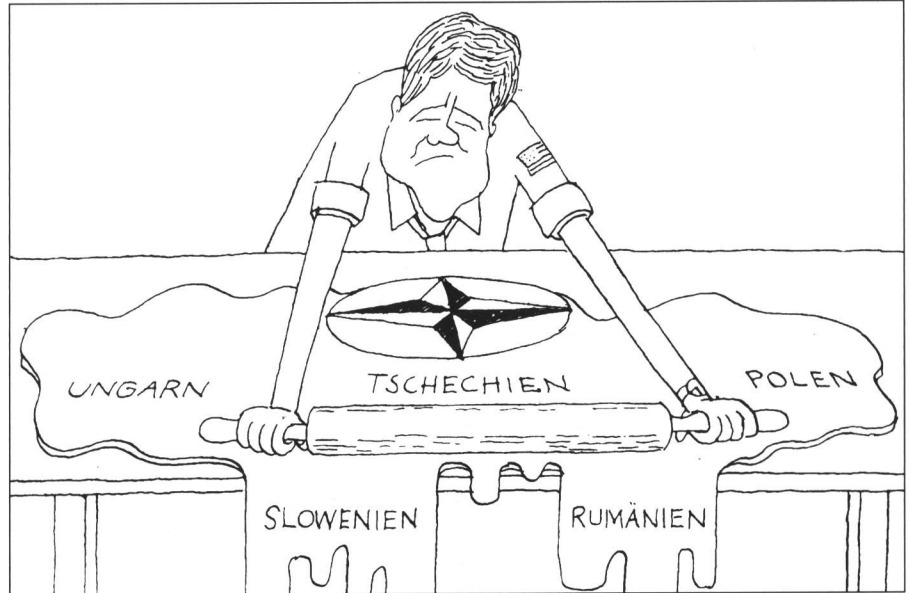
Sie damit einverstanden, daß die Republik Ungarn die Verteidigung des Landes durch den Beitritt zur NATO sichert?“ – ist eine suggestive Tendenz nicht abzusprechen. Alle Parlamentsparteien Ungarns sind für die NATO eingetreten. Insgesamt hat die Regierung in Budapest 280 Millionen Forint (knapp 16 Millionen Schilling) für die NATO-Propaganda ausgegeben. Alleine 147 Mio betrug das Budget des sogenannten „NATO-Kommunikationsbüros“ im Außenministerium. Die Gruppen, die für eine Allianzfreiheit Ungarns eintraten, hatten nicht einmal ein Zehntel dieser Mittel zur Verfügung.

Die BefürworterInnen eines NATO-Anschlusses diagnostizierten ein „sicherheitspolitisches Vakuum“ nach dem Abzug der Sowjet-Tuppen 1991, appellierten an das Zugehörigkeitsgefühl zur „westlichen Welt“, suggerierten, daß ein Nichtbeitritt ein Absinken auf „Balkanniveau“ und eine Rückkehr des Landes in die russische Einflußzone zur Folge haben werde, stellten für den Fall des Beitritts ein Berufsheer und somit die Abschaffung der Wehrpflicht in Aussicht und versuchten immer wieder, einen Beitritt zur NATO als notwendige Vorbedingung für den erhofften EU-Beitritt darzustellen.

Die NATO-GegnerInnen

Unter den NATO-GegnerInnen befanden sich pazifistische Gruppen wie „Alba Kör“ und katholische Basisgemeinschaften, feministische („Zöld Nők“ – Grüne Frauen) und anarchistische Gruppen, kleine linke Jugendorganisationen, die von einigen Intellektuellen ins Leben gerufene „Társadalmi Koalíció“ („Zivile Koalition für eine humane Politik“), eine „Stiftung für das neutrale Ungarn“ und die (nicht im Parlament vertretene) Grüne Alternative, die kurz vor der Abstimmung in einer Pressekonferenz ihre Gegnerschaft zur NATO kundtat.

Als Problem für die GegnerInnen erwies sich, daß zwei nicht im Parlament vertretene Parteien ebenfalls für ein „Nein“ eintraten: die alt-kommunistische „Munkáspárt“ und die rechtsextrem-nationalistische MIEP (Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei). Waren die Motive der einen eher in der traditionellen Verbundenheit mit Rußland zu suchen, so wa-



ren es bei der MIEP Bedenken, daß ein „Groß-Ungarn“ dann schwerer verwirklicht werden könnte. So wurde denn auch den NATO-GegnerInnen von den Medien immer wieder Extremismus unterstellt. MIEP-Führer István Csurka konnte so nach der Abstimmung nahezu unwidersprochen den Großteil der „Nein“-Stimmen für sich reklamieren, indem er der Zeitung „Népszabadság“ erklärte, die meisten Stimmen seien von SympathisantInnen seiner Partei gekommen. Daß dies nicht stimmen kann, da die „Nein“-Stimmen rund zehnmal soviel waren wie die WählerInnen der MIEP, sei nur am Rand erwähnt.

Ausblick

Ungarn hofft nun auf einen NATO-Beitritt irgendwann zwischen 1999 und 2002. Als „Musterschüler“ hat sich die Regierung Horn mit dem Referendum auf jeden Fall erwiesen, zur Freude von NATO-Einpeitschern in den Nachbarländern. Außenminister Schüssel, Verteidigungsminister Fasslabend und die FPÖ wollen nun,

daß Österreich schnell dem Beispiel Ungarns folgt.

Die Kosten, die Ungarn bei einem NATO-Beitritt zu bezahlen haben wird, spielten eine eher untergeordnete Rolle. Der *Kurier* (17.11.1997) beziffert sie mit umgerechnet 2 bis 3 Milliarden Schilling pro Jahr, bis 2009 soll das Verteidigungsbudget auf umgerechnet mehr als 15 bis 16 Milliarden Schilling verdoppelt werden.

Karikaturen aus:

Tamós Csapody und László Vit, „Ámokfutás a NATO-ba“

NEIN, NEIN und NEIN zur NATO

NEIN, denn für den Beitritt müssen wir bezahlen!
NEIN, denn sie schützt uns nicht!
NEIN, denn sie zementiert die gegenwärtigen Machtstrukturen!
NEIN, denn wir haben genug von Bevormundung!
NEIN, denn wir wollen nicht zu eine Mülldeponie verkommen!
NEIN, denn sie garantiert uns nicht die Atomwaffenfreiheit!

Also vergiß auch Du nicht mit NEIN zu stimmen, wie wir, die Társadalmi Koalíció, es tun!

(Flugblatt der Zivilen Koalition für eine humane Politik)



Die derzeitigen Wehrausgaben betragen 1,5 % des Brutto sozialprodukts (Österreich: 0,9 %). Eine Verschärfung der sozialen Lage wird – das ist unschwer vorauszusagen – die Folge sein.

Daß Ungarn eine NATO-Enklave sein wird (keines der angrenzenden Länder wird, sofern Österreich und Slowenien keine weiteren Anstalten in diese Richtung machen, NATO-Mitglied sein), stört offenbar kaum jemanden. Zu befürchten ist aufgrund dieser geopolitischen Konstellation jedoch, daß von der NATO Ungarn nunmehr als propagandistischer „Brückenkopf“ benutzt wird, um Österreich zu einem Beitritt zu bewegen. Diesem Werben selbstbewußt entgegenzutreten wird eine der nächsten Aufgaben hierzulande sein. ■

Das Buch zur Kampagne

Im Rahmen der Kampagne der NATO-GegnerInnen ist in Budapest ein Buch erschienen (Cartafilus-Verlag), dessen Titel „Amokfutás a NATO-ba“ („Amoklauf in die NATO“) das Ergebnis schon vorwegzunehmen schien.

Bei den Autoren handelt es sich um den Soziologen Tamás Csapody, Sprecher der gewaltfreien Bewegung „Alba Kör“, und um László Vit, Publizist und ehemaliger Aktivist der Umweltgruppe „Duna Kör“ („Donau Kreis“), die in den 80er Jahren erfolgreich gegen das Donaukraftwerk Nagymaros gekämpft hat.

Das Buch umfaßt Studien, Essays, Analysen und Berichte sowie Interviews mit ExpertInnen, die zwischen 1995 und 1997 in Ungarn veröffentlicht wurden, vorwiegend in diversen Zeitungen und Magazinen. In sie-

ben Abschnitten setzen sich die Autoren mit der NATO und der NATO-Osterweiterung auseinander.

Im ersten Abschnitt gehen die Autoren auf eine Tradition der ungarischen Neutralität ein, die auf 1848/49 (Opposition der RevolutionärInnen gegen Krieg im Ausland und ausländische Truppen in Ungarn) und 1956 (Austritt aus dem Warschauer Pakt durch Imre Nagy kurz vor der sowjetischen Invasion) zurückgeht. 1990/91 haben sich alle ungarischen Parteien für die Neutralität und gegen Blockbindungen ausgesprochen.

Im zweiten Abschnitt werden militärische Fragen (Rüstung und Sicherheit) im Zusammenhang mit der NATO-Erweiterung behandelt. Die These der Autoren ist, daß im Umbruch-Jahr 1989 die Chance bestanden hat, ein neues Europa (und Mitteleuropa) ohne militärische Organisationen zu schaffen. Die Kosten einer ungarischen Teilnahme an der NATO und der amerikanischen NATO-SFOR-Präsenz in Ungarn werden genau berechnet.

Der dritte Abschnitt dreht sich um die Frage der Atomwaffen und um die Notwendigkeit nuklearer Abrüstung. Der politischen Elite in Ungarn wird vorgeworfen, der Bevölkerung vorzugaukeln, daß ein NATO-Mitglied Ungarn nichts mit Atomwaffen zu tun haben werde.

Im vierten Abschnitt empfehlen die Autoren ihrem Land die Neutralität und die Ablehnung der Bindung an Militärblöcke. Das Nachbarland Österreich wird unter diesem Gesichtspunkt genauer unter die Lupe genommen: László Vit führt an, daß bei osteuropäischen NATO-Fans der österreichische Weg der

NATO-Skepsis nicht akzeptiert wird. In diesen Kreisen wird Österreich als Fremdkörper, als „Kuckuckseiland“ bezeichnet. Vit hingegen empfiehlt seinem Landsleuten, diesem Beispiel des Nachbarn zu folgen und nicht Hals über Kopf in die NATO zu stürmen.

Im fünften Abschnitt wird untersucht, wie die Intellektuellen, die regierungsunabhängigen Organisationen, die Bewegungen und die politischen Parteien Ungarns zur NATO stehen. Die Motive der gegen einen NATO-Anschluß eingestellten Gruppen und deren gesellschaftliches Gewicht werden dargestellt.

Der sechste Abschnitt setzt sich mit den Aspekten des Instruments „Volksabstimmung“ in Ungarn auseinander – die Rolle im Rechtssystem und in der Praxis der ungarischen Demokratie. Die Autoren belegen auch, wie die einseitige Pro-NATO-Propagandakampagne der Regierung zu einer ungleichen und ungerechten Verteilung der Möglichkeiten zwischen BefürworterInnen und GegnerInnen geführt hat.

Das abschließende siebte Kapitel faßt die Argumente und Ansätze nochmals zusammen.

Das Buch legt gut dokumentiert die Gründe für ein ungarisches „Nein“ zur NATO dar. Die UngarInnen stimmten trotzdem für den Beitritt.



Frauengleichentrenchtung

Das Gesetz zur Ausbildung von Frauen im Heer

Aus dem Gesetzesentwurf zum Thema Frauen ins Heer ist eine Sammelnovelle mit zumindest drei Schwerpunkten geworden. Die um 72 Seiten ausgeweitete Regierungsvorlage durchlief kein Begutachtungsverfahren mehr.

VON PETER STEYRER

Vom FRAG zum GAFB

Der Beamtenentwurf des Frauenausbildungsverhältnisses wurde zur Begutachtung ausgeschickt. Er umfaßte – mit Erläuterungen – rund 100 Seiten. Alle Ministerien, Institutionen und relevante Organisationen konnten dazu Stellung nehmen. Die Regierungsvorlage hatte plötzlich insgesamt 172 Seiten. Neben dem Thema Frauen ins Heer wurden noch eine ganze Reihe anderer Materien vorgelegt. Nach Abänderungsanträgen der Regierungsfaktionen wurde aus dem Frauenausbildungsverhältnissesgesetz (FRAG) das Gesetz zur Ausbildung von Frauen im Bundesheer (GAFB).

Frauen ins Heer

49 Gesetze müssen geändert werden, damit auch Frauen ab 1998 in das österreichische Bundesheer integriert werden können. Vom Wehrgesetz bis zum Tierärztegesetz, vom Entsendegesetz bis zum Suchtmittelgesetz, vom Militärstrafgesetz bis zur Gewerbeordnung reichen die Änderungsvorschläge der Verteidigungsjuristen.

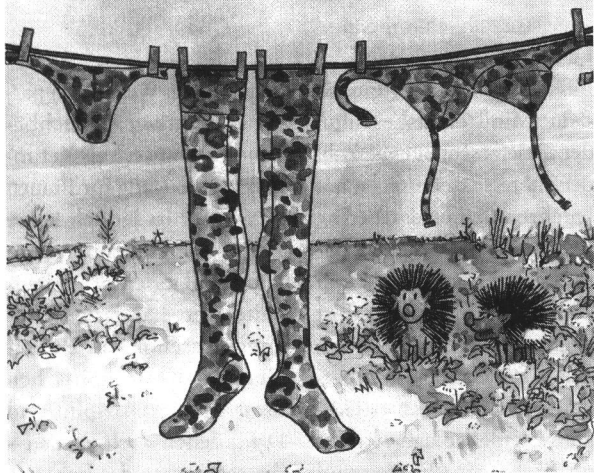
Für Frauen wird eine eigene Verfassungsbestimmung zum „freiwilligen Wehrdienst“ geschaffen. Der Legitimationsdruck auf die Wehrpflicht wird dadurch nicht kleiner werden. Konkret soll ein sogenannter „Ausbildungsdienst“ für Frauen eingeführt werden, der ein Jahr dauern und auf dem aufbauend eine Zeit- oder Berufssoldatinnenlaufbahn eingeschlagen werden kann.

Fasslabend bezifferte nach dem Ministerratsbeschluss der Gesetzesvorlage die Zahl der interessierten Frauen mit „mehreren Tausend“. Die Zahl der tatsächlichen Bewerberinnen liegt bei knapp 300. Doch im Heer selbst hegt man begründete Zweifel am Projekt. Selbst Experten der Landesverteidigungsakademie haben in ihrer Broschüre „Frauen und Streitkräfte“ zusammengefaßt, daß die Frauenheeresdebatte gemeinsam mit den Fragen Wehrpflicht, Berufswehr und NATO-Beitritt geführt werden sollte: „Die Frage von Frauen als Soldatinnen wäre überdies innerhalb der laufenden sicherheitspolitischen Diskussion in Österreich um die allgemeine Wehrpflicht und Berufswehr sowie die Einbindung in ein europäisches Sicherheitssystem bzw. den allfälligen Beitritt zu militärischen Sicherheitsbündnissen und Sicherheitsgemeinschaften zu behandeln. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Art und Weise der Implementierung (sic!) weiblicher Soldaten in das Österreichische Bundesheer vom Ausgang dieser Debatte nicht unmaßgeblich abhängig sein werden.“ (Micevski, Edwin: „Frauen und Streitkräfte“, S.62, Lavak 4/97) Trotz dieser Überlegungen der Wehrexperten wurde noch Ende 1997 rasch eine neuverhandelte Regierungsvorlage im Nationalrat beschlossen.

Wäre die Angelegenheit ein tatsächliches Anliegen der Frauenbewegung gewesen, so

hätte sie den Weg in den parlamentarischen Gleichbehandlungsausschuß gefunden. Der Zugang für Frauen zum Heer ist jedoch keine Form der Gleichberechtigung. Folgerichtig verhandelte der Landesverteidigungsausschuß das Papier. Gerade die militärischen Strafreime, Disziplin und Drill, denen auch Frauen – die sich gemeldet haben – unterworfen sein werden, machen deutlich, daß es letztendlich nicht um Gleichberechtigung, sondern um dieselbe „Entrenchtung“ der Frauen, die ins Heer kommen, geht. In dieser Wehrsetzungsnovelle ist keinerlei Reformbemühung in Richtung Demokratisierung erkennbar. Trotzdem versuchte der Verteidigungsminister dieses Projekt als großes Frauengleichberechtigungsprojekt zu verkaufen. Tatsächlich ging es um ein Prestigeprojekt anderer Art, um die Ausdehnung des Rekrutierungspotentials und die Befriedigung der Interessen einer kleinen Pressure-Group. Das Interesse der Frauen insgesamt trifft dieses Projekt nicht. Es trägt weder zur sozialen, noch zur individuellen Stärkung der Frauen bei.

Es geht bei der neuen Gesetzesregelung nicht nur um die Aussichten des beruflichen Fortkommens von einigen wenigen Frauen im Heer. Die angeblich daraus hervorgehenden gleichen Karrierechancen für Frauen werden in der Praxis kaum eingelöst werden. Es ging aber in der Debatte auch um die Mög-



„Sie will unbedingt zum Heer“.

Die Berichterstattung über „Frauen zum Heer ist nicht nur in der *Kronen Zeitung* durch Herrenwitz geprägt.

lichkeiten zur Verhinderung der Diskriminierung von Frauen. Schon im Vorfeld haben frauendiskriminierende Karikaturen, Kalender, Zeitungs covers u. ä. deutlich gemacht, daß das ganze Projekt von Männern durchaus hähmisch kommentiert und gesehen wird. Dies hatte nicht zuletzt in der Öffentlichkeit schlechthin eine für Frauen mehr als schädliche Wirkung. Nun steht die Befürchtung, daß im Männerbund Heer die Frauendiskriminierung und der Sexismus nicht gerade klein sind. So wie diese Novelle zum Instrument einer ganzen Reihe zusätzlicher militärischer Anliegen wurde, gleichzeitig aber keine Vorkehrungen gegen sexistische Übergriffe getroffen wurden, erscheint die Sache eher als Gefahr denn als Chance für gleiche Rechte von Frauen und Männern.

Ein Deckmantel für „out of area“-Kampfeinsätze

Der Grundsatzbeschluss über NATO oder Neutra-

lität ist jedoch noch gar nicht getroffen. Der neue § 2 d) des Wehrgesetzes bringt die sogenannte „Friedenssicherung“ – „out of area“-Kampfeinsätze – als vierte Funktion neben die bisherigen der Landesverteidigung, des Katastropheneinsatzes und des Einsatzes im Inneren. Diese selbst vom Verteidigungsminister eingestandene völlig neue strategische Ausrichtung auch auf Militärinterventionen ist mit der Neutralität nicht vereinbar und bricht mit der Tradition der defensiven Milizarmee. Dieser Schritt muß als Vorleistung für einen NATO-Beitritt angesehen werden. Auch die NATO und ihre Partnerschaftsmitglieder orientieren sich hinsichtlich ihrer Strategie verstärkt um: Kollektive Verteidigung hat aufgrund des fehlenden großen Bedrohungsbildes ausgedient. Die Einsätze „out of area“ werden zum Leitfadens der strategischen Orientierung der

NATO. Um diese Anpassung an die NATO möglichst unauffällig zu gestalten, kommt diese neue Aufgabe unter der „Tarnkappe“ Frauenausbildungsgesetz ins Haus. „Friedenssicherung“ bringt die wesentliche strategische Umorientierung.

Ein Antrag der Grünen, die Friedenssicherung mit Friedenserhaltung gleichzusetzen und Kampfeinsätze auszuschließen wurde von allen anderen Parlamentsfraktionen abgelehnt. Daß dieser Funktionswandel unter dem Titel des „Frauen-ausbildungsverhältnissgesetzes“ von der Regierung dem Parlament vorgelegt wurde unterstreicht, daß das Verteidigungsministerium jede grundsätzliche und offene Diskussion über Aufgaben, Sinn und Zweck des Heeres vermeiden will.

Zeitsoldaten werden Vertragsbedienstete

Die Militärpersonen auf Zeit können nach dieser Wehrgesetznovelle in den Normaldienst übernommen werden und sollen nach der Besoldungsreform 1994 entlohnt werden. Das Prinzip der Pragmatisierung für Berufssoldaten kommt somit auf den Prüfstand. Der Umbau in Richtung eines immer höheren Grades an Berufssoldaten wird damit vorangetrieben. Diese Stärkung der professionellen Teile des Bundesheeres eröffnet alle Möglichkeiten, Interventionsstreitkräfte aufzubauen. Auch diese Gesetzesänderung schafft also auf der Ebene der Heeresstruktur die Voraussetzung für eine hochprofessionelle NATO-Truppe. Auf nichtpragmatisierte Soldaten im Status von Vertragsbediensteten ist im Übrigen wesentlich leichter

Druck auszuüben, sich an einer Intervention zu beteiligen, als auf einen Pragmatisierten. So werden auch dienstrechtlich Voraussetzungen geschaffen, eine richtige Söldnertruppe einzurichten zu können.

Die Republik hat so alle Nachteile (demokratiepolitische, volkswirtschaftliche, budgetpolitische) der Wehrpflicht und einer Berufsarmee zu tragen.

Militärstrafbestimmungen bleiben

Zur in der Regierungsvorlage vorgeschlagenen Erhöhung der Verwaltungsstrafen um das Dreifache, stellte das Justizministerium fest: „Solange nun allfällige Erfahrungen des BmLV und der Stelungsbehörden nicht erweisen, daß mit dem derzeit vorgesehenen Strafraum von 30.000 Schilling nicht das Auslangen gefunden werden kann, erscheint eine Anhebung desselben im vorgeschlagenen Ausmaß einigermaßen willkürlich.“ Die Verdreifachung der Strafen im Wehrgesetz wurde noch durch einen Abänderungsantrag abgewendet, ebenso eine Senkung der Entgelte für Soldaten um bis zur Hälfte. Was aber wie bisher bleibt, ist eine Militärstrafgesetzgebung, die bei weitem nicht an das normale Strafrecht angepaßt wurde. Die Frauen, die sich zum Dienst ins Heer melden, werden also ebenso wie ihre männlichen Kollegen von wesentlichen Grund- und Freiheitsrechten ausgeschlossen bleiben. Das Militärstrafgesetz hält weiterhin den außerordentlichen Zwangscharakter der Institution aufrecht. Für viele Betroffene bedeutet das Kriminalisierung wegen Bagatelldelikten.

Von der Notwendigkeit des Unnotwendigen

widmung 1

diesen text widme ich einem freund, der, als ich ihm eine monatszeitung, die wir zufällig doppelt haben und in der er blättert, mitgeben will, sagt: „nein danke, sonst muß ich das alles lesen“ und der mich daran erinnert, daß es nicht möglich ist, „alles“ zu lesen, über „alles“ bescheid zu wissen und daß es notwendig ist, entscheidungen zu treffen zwischen dem, was man lesen muß, dem, was man lesen will, und dem, was in keine der beiden kategorien zu fallen scheint.

widmung 2

diesen text widme ich denjenigen unter meinen freundinnen und freunden, die glauben, daß papier ein zu wertvoller rohstoff sei, um darauf texte zu schreiben – texte, die nur von sogenannten minderheiten gelesen werden – und die die politische realität nicht merklich verändern können.

widmung 3

diesen text widme ich den autorinnen und autoren, von denen verlangt wird, daß sie sich dafür entschuldigen, daß ihnen niemand zuhört und sie trotzdem noch sprechen, denen vorgeworfen wird, daß ihre texte die gesellschaft nicht oder nicht merklich verändern, daß sie aber trotzdem papier verbrauchen, die das schlechte gewissen tragen und ertragen sollen, weil „man“ ihnen vorwirft, „un-not-wendiges“ herzustellen.

widmung 4

diesen text widme ich mir, die ich die kritik am „unnützen“ verbrauchen und produzieren oft angezogen habe wie ein magnet, vielleicht aus dem typischen permanent schlechten gewissen der weißen mitteleuropäerin, das natürlich berechtigt ist, aber auch die funktion eines schuttschildes haben kann: das schlechte gewissen als alibi, als ent/schuldigung. ich kann mich gegen diese trennung von „nützlichem“ und „nutzlosem“ nicht ganz so entschieden wehren, wie ich es eigentlich möchte, weil es eben wirklich „unnützes“ gibt, und das ist, so wie ich es sehe, ganz sicher nicht die kunst, obwohl sie vielleicht dazu beiträgt. an dieser stelle soll der herrschaftskonforme aspekt der trennung in nützlich und nutzlos ins gedächtnis gerufen werden, weswegen eine solche unterscheidung im grunde nicht getroffen werden kann: kon-

sequent betrieben führt diese unterscheidung zum „wer nicht arbeitet soll auch nicht essen“ oder aber, mit etwas menschenfreundlicherer argumentation: „er oder sie soll trotzdem essen, aber weniger gute sachen als die, die die wertvollen dienste für die gesellschaft leisten“ und dort befindet sich der sogenannte politisch-konservative konsens sowieso.

widmung 5

diesen text widme ich denjenigen unter meinen freundinnen und freunden, die wieder mal mit schlechtem gewissen im supermarket ein dosencola gekauft haben, die mit dem flugzeug in urlaub fliegen, die auf weißem und nicht auf umweltschutzpapier schreiben, die die pille nehmen oder aber kinder kriegen, obwohl jedes auf der nordhalbkugel geborene kind etwa dreißig (!) mal mehr an ressourcen verbraucht wie eines, das auf der südhalbkugel geboren ist, ich widme ihn jenen freundinnen und freunden, die einen billigen baumwollpullover wegwerfen, wenn er zerrissen ist und sich einen neuen kaufen, anstatt den alten zu flicken, obwohl sie wissen, daß die baumwolle bei uns nur deswegen so billig sein kann, weil sie von anderen menschen zu niedrigstlöhnen angebaut und geerntet wird, ich widme ihn allen, die fleisch und wurst essen, obwohl dafür tiere oft buchstäblich zu tode gemartert werden, jenen, die mit autos fahren undsoweiter – kurz, all denen, auch mir, die mit dafür sorgen, daß es im wesentlichen so weitergeht, wie es eben weitergeht, die schon dadurch, daß sie *da* sind und es sich halbwegs „gut gehen lassen wollen“, zu mittäterinnen und mittätern geworden sind: als esserInnen, als leserInnen. als fernseherInnen. als benutzerInnen von HIFianlagen. und oft auch als arbeiterinnen und arbeiter: ob nun kunst produziert wird oder „lebensmittel“, ölgemälde oder mikrochips, preßspanplatten oder plastikstrohhalm, ob nun zeitungsbildschirm geschrieben werden oder straßen gebaut: es gibt immer einen blickwinkel, unter dem das gemachte ganz unnötig, manchmal sogar gefährlich erscheint – will sagen: der gesellschaftliche konsens über das, was notwendig ist, ist zerfallen – und das ist vielleicht auch wichtig und interessant: auf der einen seite steht das bild einer gesellschaft, in der genau vorgeschrieben ist, was sie will und in der alles berechnet und bestellt und zum funktionieren verdammt ist – auf der anderen seite die vorstellung einer ge-

ein text in
11 widmungen

VON ILSE KILIC

meinschaft, in der in mühsamen und schmerzhaften, sogenannten „selbstregulativen“ prozessen erarbeitet werden muß, was und wie organisiert bzw. desorganisiert werden muß/kann/soll.

widmung 6

diesen text widme ich einem freund, der meinte, jetzt mit jeder (auch sinn-)produktion aufzuhören, würde bedeuten, ein leckgewordenes boot auf offener see liegen zu lassen, ohne dran rumzubasteln. wir arbeiten dagegen – aber wir arbeiten mit. na fein. schon lange ist das angereicherte wissen für einzelne menschen nicht mehr aufarbeitbar. (nur alle können „alles“ wissen – wollen alle „alles“ wissen?) als kleinen tribut an das zerfallende humanistische bildungsideal gibt's dafür dann den teletext auf lateinisch. jedeR wird gezwungen, sich auf einen kleinen, für ihn/sie relevanten ausschnitt zu konzentrieren: muß denn ein anwalt über anderes bescheid wissen als über gericht und gerichtliches? muß eine lungenfachärztin noch etwas anderes (er)kennen als lungenkrankheiten? und die computertechnikerInnen? jedem und jeder ihr reservat: die kunst hat ihres schon bekommen: ein reservat, in dem sogar dagegen widerstand geleistet werden darf – widerstand gegen die totale verwertbarkeit, was auch heißt, widerstand dagegen, daß alles, was sich am markt nicht behaupten kann, verschwinden soll/muß/wird, ja: eigentlich schon fast verschwunden ist.

widmung 7

diesen text widme ich freundinnen und freunden, die zu meinen und anderen lesungen kommen – nicht so sehr, weil sie sich für literatur interessieren, sondern eher aus freundschaft –, und vor denen man sich als autor oder autorin allzuleicht schämt, weil man nicht erfolgreich genug ist – denn nur erfolg scheint den entschluf, „kunst zu machen“ zumindest manches mal zu rechtfertigen. nur der erfolg entzieht den freundlich zweifelnden blicken oder den überlegungen, wieviele bäume mein schreiben = papierverbrauch den regenwald schon gekostet hat und ob die bücher wohl durch häufiges gelesenwerden jenen papierverbrauch rechtfertigen. aber wer bestimmt den erfolg, mit dem die eigene nützlichkeit (oder zumindest „unschädlichkeit“) bewiesen werden kann?

widmung 8

diesen text widme ich dem KPD organ Rote Fahne, das 1920 zur DADA messe folgendes schrieb: „eine sammlung von perversitäten als

kultur und kunstleistungen auszustellen, ist schon kein ulk mehr, sondern eine frechheit“, und ich widme ihn denjenigen männern und frauen, mit denen ich politisch so ungefähr ... – oder die ähnliche anliegen haben wie ich, die aber glauben, daß kunst zu verspielt, zu ungeordnet und chaotisch ist, um ins politische geschehen eingreifen zu können, und weise darauf hin, daß das sogenannte politische geschehen sich auch gegen wenig künstlerische, oft pragmatische eingriffsversuche etwa in richtung umverteilung bisher erfolgreich verweigern konnte. was tun, frage ich an dieser stelle trotzig uns alle.

widmung 9

diesen text widme ich all denen, die politische texte schreiben und darauf hoffen, daß ihre arbeit, ihr weitergeben von informationen jemand erreichen kann, allen jenen, auch mir, die die welt verändern wollen und nicht genau wissen, wie man das anfangen könnte.

widmung 10

diesen text widme ich denjenigen unter meinen freundinnen und freunden, die das gefühl haben, es gäbe schon so viele bücher, daß es keinen sinn hat, neue zu produzieren, ein argument, das einiges für sich zu haben scheint, dem ich aber entgegenhalten möchte, daß buch eben nicht gleich buch ist und daß es daher nur von bestimmten bücher so viele gibt, unter anderem deshalb, weil jemand draufkam, daß sie sich in größeren mengen billiger produzieren lassen. das, was in den sogenannten „nischen“ existiert, kann es an auflagenhöhe natürlich nicht mit diesen best-sellern aufnehmen – dort aber mit dem vorwurf des „überflüssigen“ anzufangen kommt mir ein bißchen vor, als wollte man den bioläden empfehlen zuzusperrern, weil es eh genug supermärkte gibt.

widmung 11

diesen text widme ich allen, die sogenannte unnötige texte schreiben, auch mir, allen, die solche texte lesen, allen, die in dieser UN-NOTwendigkeit auch etwas liebenswertes sehen (zum beispiel „wie man bei kerzenschein in hotelkellern blumen züchtet“, ein buch, das Richard Brautigan in seinem roman „Die Abtreibung“ erwähnt): eine unNOTwendigkeit, die so, wie „das verbrechen“ die grenzen des erlaubten zeigt und definiert, die grenzen des notWENDIGEN (und der not?) aufzeigt, damit nicht so leicht alles und damit (wir) alle unnotwendig werden kann/können, weil sich die grenze immer mehr in richtung wert im sinn von verwertung verschiebt.

Arbeitslose Schnäppchenjäger

Erstmals kam es in Frankreich zu heftigen Protestkundgebungen von Arbeitslosen, jener ständig wachsenden Gruppe, denen es bisher anscheinend an Organisation gefehlt hat. Vielleicht hat zum Zustandekommen dieser längst notwendigen Protestkundgebungen auch das wachsende Bewußtsein über den Umfang und die Dringlichkeit des europaweit ständig größer werdenden Problems beigetragen. Und dieses wiederum war vielleicht der einzige Erfolg des Beschäftigungsgipfels der Regierungschefs im Dezember. Denn kaum jemand sieht in diesem Gipfel eine Lösung des Problems, und nur die größten Optimisten entdecken darin den ersten Schritt zu einer Lösung.

Das liegt nicht an Widersprüchen zwischen den einzelnen nationalen Beschäftigungskonzepten, wie das vielfach dargestellt wurde, sondern an einem Widerspruch zur aktuellen ökonomischen Zielsetzung der EU. Unter den derzeitigen ökonomischen Bedingungen haben alle Konzepte keine Chance auf Erfolg. Ganz grob könnte man die staatlichen Beschäftigungskonzepte in folgende zwei Grundtypen teilen.

Die wirtschaftsliberale Richtung baut auf eine Förderung der Wirtschaft in der Hoffnung ein so gesteigertes Wirtschaftswachstum führe zu mehr Arbeitsplätzen. Die Möglichkeiten wären Steuer-senkungen, Senkung der Lohnnebenkosten und direkte Förderung für Unter-

nehmensgründungen (Jugunternehmerförderungen). Größeres Wirtschaftswachstum bedeutet aber nicht automatisch mehr Arbeitsplätze. Technologisierung ermöglicht eben steigendes Wirtschaftswachstum bei Reduzierung der dazu nötigen Arbeitszeit. In der ständigen Wettbewerbssituation, die in der EU erwünscht ist und gefördert wird, wird es sich kaum ein Betrieb leisten, bei Senkung von Lohnkosten sofort mehr Arbeitskräfte einzustellen.

Zweitens sind ernste Zweifel angebracht, ob sich das Wirtschaftswachstum beliebig steigern läßt. Gesteigerte Produktion und Vermarktung kann nur dann zu Wirtschaftswachstum führen, wenn auch der Konsum steigt. Das kann natürlich auch durch Erschließung neuer Exportmärkte geschehen. Doch zeigen einige Beispiele, daß die Expansion der „Großen“ nicht darauf zu gründen scheint. Studien der Wirtschaftskammer kommen zum Schluß, daß wenn nur die bereits bestehenden Widmungen für Möbelmärkte durchgezogen werden, der für das Jahr 2005 erwartete Zusatzbedarf der Bevölkerung um mehr als das Dreifache überstiegen wird. Bei Baumärkten wird der Bedarf um das vier- bis fünffache überstiegen. Auch in anderen Sektoren gibt es ähnliche Gigantenprojekte. So ist in Wien eine Kette von Kinocenter geplant, die zur positiven Bilanzierung jährlich sechs Millionen Be-

sucher benötigen, mehr als alle wiener Kinos zur Zeit gemeinsam.

Es scheint offensichtlich, daß solche Entwicklungen nur zu einem Vernichtungswettkampf führen können. Zuerst steht die Vernichtung der kleineren Betriebe auf dem Plan, danach wird es zum Vernichtungswettkampf der Gigamärkte kommen. Neue Arbeitsplätze werden dabei längerfristig kaum entstehen.

Mitgetragen oder zumindest begünstigt wird diese Entwicklung durch das Schnäppchenjängerspiel. Wer ein Produkt zum allerbilligsten Preis erwischt hat, ist Sieger. Um das Spiel weniger risikoreich zu machen, gibt es bei vielen Handelsketten die Bestpreisgarantie. Samstagliche Staus zeigen, daß die Kunden keine Kosten und Mühen scheuen, um an das Mega-Angebot zum billigsten Preis heranzukommen. Dabei geht unter Umständen schon die persönliche Rechnung nicht auf und die auf den Kunden verlagerten Kosten übersteigen die Ersparnis. Noch schlechter schaut aber die längerfristige Bilanz aus. Denn genau mit dem Argument der Konkurrenz um den billigsten Preis fordern große Konzerne Nulllohn-runden und drohen mit Abwanderung, wenn ihre Wünsche nicht erfüllt werden, oder entlassen zur Betriebs-sanierung Arbeitskräfte. Die ArbeitnehmerInnen, die so zu ihrer KonsumentInnen-rolle in Widerspruch geraten, werden in einen Teufels-kreislauf gedrängt. Wer Lohneinbußen hat, versucht

Die Arbeitslosigkeit in Europa tritt immer stärker ins Problembe-wußtsein der Öffentlichkeit und der Politik. Viel Grund zur Hoff-nung auf eine Lösung gibt es allerdings nicht.

VON MANFRED GMEINER

**Der Ratzeputz
reißt die Preise
runter! -75%
Bis zu**



natürlich erst recht, billig einzukaufen, um das Konsumniveau zu halten.

Der zweite Lösungsansatz gegen die wachsende Arbeitslosigkeit versucht neue Arbeitsplätze zu schaffen, indem er bisher nicht bezahlte oder nicht berufsmäßig ausgeübte Tätigkeiten in die Ökonomie einbezieht. Tatsächlich sind auf diese Weise zahlreiche Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor und in der Freizeitwirtschaft entstanden. André Gorz hat bereits 1989 in seinem Buch „Kritik der ökonomischen Vernunft“ wesentliche Kritikpunkte an dieser Entwicklung aufgezeigt. Er betrachtet es als den wesentlichen Charakter der ökonomischen Rationalität, Kosten und damit Arbeit als einzubringende Leistung einzusparen. Bezieht man nun Reproduktionsaufgaben in diese ökonomische Rationalität ein, so ist ihr Ziel primär ebenfalls Einsparung von Zeit. Wer Dienstleistungen kauft, will sich eigene Arbeitszeit, die er dafür aufbringen müßte, ersparen. Ökonomisch sinnvoll und für die breite Masse erschwinglich ist das aber nur dann, wenn das Geld für die Bezahlung der Dienstleistung schneller verdient ist als die eigene Vollbringung dieser Dienstleistung in Anspruch nehmen würde. In einer Gesellschaft, in der die Schere zwischen Gutverdienenden und an den Rand des ökonomischen Prozeß gedrängten

immer weiter auseinanderklafft, ist das allerdings nicht unbedingt so. André Gorz schreibt: „Die professionelle Elite wird es ablehnen, einen Teil ihrer Arbeit und der mit ihrem Arbeitsplatz verbundenen Vorrechte und Machtpositionen abzugeben. Sie kann daher ihre eigene Freiheit nur dadurch vergrößern, daß sie Dritte anstellt, um ihr verfügbare Zeit zu verschaffen. ... Sie wird solche zeiter sparenden Dienstleistungen und Ausrüstungen auch dann kaufen, wenn diese mehr Zeit zu ihrer Produktion erfordern, als sie einem durchschnittlichen Verbraucher ersparen. Sie wird somit Aktivitäten entwickeln, die auf gesamtgesellschaftlicher Ebene keine ökonomische Rationalität besitzen; denn sie erfordern von denen, die sie ausführen, mehr Arbeitszeit, als sie denen einsparen, die in ihren Genuß kommen. Diese Aktivitäten sind nichts anderes als Dienstboten-Tätigkeiten, welches auch immer ihr sonstiger Status und die Form ihrer Entlohnung sein mag.“ Die starke Zunahme prekärer und zwangsweise „flexibler“ Arbeitsverhältnisse gibt dieser Prognose recht.

André Gorz schlägt vor, die Freisetzung von Arbeitsplätzen positiv zu nutzen, indem die vorhandene Arbeit gerechter aufgeteilt wird und alle damit über mehr freie Zeit verfügen. In dieser freien Zeit könnten dann Reproduktionsaufgaben und diver-

se Dienstleistungen die bereits ökonomisiert sind in Eigenarbeit zielführender erbracht werden. Wesentlich beim Konzept von Gorz ist, daß die Reduzierung von Arbeitszeit ohne realen Lohnverlust geschafft werden soll. Da das auf Kosten der Betriebe nicht möglich ist, schlägt er eine für den Export unwirksame Produktsteuer auf jene Produkte vor, bei deren Produktion am meisten Arbeitszeit eingespart wird. Was er damit vorschlägt, ist ein System politischer Preise, das bewußt die Umverteilung von Arbeit und den Gewinn an freier Zeit in die Preisgestaltung einbezieht und eine größere Souveränität des Individuums zum Ziel hat. Der Lohn würde sich dann aus dem der Arbeitszeit entsprechenden Anteil und aus einer Aufzählung aus dem aus der Steuer gespeisten Garantietopf zusammensetzen. Diese Entkoppelung von geleisteter Arbeit und Einkommen unterscheidet sich von den Vorschlägen eines Grundeinkommens für alle durch seine Koppelung an das gesamtgesellschaftliche Arbeitsvolumen. Sie entgeht damit der Gefahr einer sozialpolitischen Beruhigung der vom Arbeitsmarkt ausgeschlossenen Massen, die zudem Gefahr läuft, den Grundeinkommensempfänger zur Erlangung eines durchschnittlichen Lebensstandards in die oben er-

wähnten prekären Dienstbotenposten zu drängen.

Es geht hier nicht darum den Vorschlag André Gorz im einzelnen zu diskutieren und über seine Durchführbarkeit heute ein Urteil abzugeben. Die Grundtendenz, daß die Gesamtzahl gut bezahlter Vollarbeitsplätze abnimmt, während die Spaltung der Gesellschaft in Reiche und Arme zunimmt, scheint sich aber immer mehr zu bestätigen. Trotzdem werden Konzepte zur Aufteilung der vorhandenen aber immer weniger werdenden Arbeit kaum diskutiert. Die aktuelle Politik setzt weiter auf die Ausweitung von Arbeitsplätzen und geht in allen oben skizzierten Bereichen in Richtung einer Verschärfung. Einerseits wird der Konkurrenzkampf der Giganten durch Einschwörung auf den freien Markt als alleiniges Kriterium verstärkt. Auf der anderen Seite arbeiten die Maßnahmen zur Pensionsversicherung einer gerechteren Verteilung von Arbeit entgegen. Einerseits soll die Lebensarbeitszeit verlängert werden, andererseits führt die angestrebte Bemessungsgrundlage auf Basis des Lebensverdienstes zu einer verstärkten Koppelung von Lebensarbeitszeit und Lebensseinkommen.

André Gorz warnt im Schlußwort vor einer weiteren Verschärfung ungerechter Wohlstandsverteilung. Wenn nicht ernsthaft an Lösungen gearbeitet wird, „werden sich die Gesellschaften weiter spalten, zerfallen und immer tiefer in Gewalt, Ungerechtigkeit und Angst absinken“. Betrachtet man die Politik der Inneren Sicherheit in der Europäischen Union, so scheint man sich auf diese Zustände vorzubereiten.

Zaire: Kontinent im Kontinent

Zoom: *Das Ende des kalten Krieges scheint auch am afrikanischen Kontinent Veränderungen hervorzurufen.*

Schicho: Das Ende der Bipolarität war der Moment, an dem sichtbar wurde, daß die USA auch selbst in Afrika intervenieren. Es war lange so gewesen, daß, wenn irgendwo ein Problem existierte, die USA über verschieden starke Mittler – bis hin zu Frankreich – intervenierten. Frankreich hat ja lange das Spiel dieser Supermacht gespielt oder in ihrem Auftrag gehandelt – ob im Tschad, oder bei Interventionen in Zaire. Es gab eine Reihe von afrikanischen Staaten, die da mitzogen. Vieles lief über Ägypten und Marokko, oder auch Nigeria. Allerdings wurden diese Staaten nie „die“ lokalen Mächte. Versuche, sie zu Subzentren der westlichen Supermacht auszubauen, gingen schief. Bei Nigeria sowohl aus internen Gründen – weil Nigeria selbst seine eigenen Probleme nicht in Griff bekommen hat – als auch aus externen Gründen – weil niemand Nigeria ernstgenommen hat. Nigeria versuchte, regulierend im Tschad einzugreifen, scheiterte mit der ECOWAS-Streitmacht in Liberia usw. Es konnte sich auch nie ganz aus der Konkurrenz mit Ghana lösen. Finanziell war Ghana nie so gut ausgestattet, aber politisch, von der Einbindung in die Weltpolitik her gesehen, viel cleverer als Nigeria. Diese Phase der ausschließlich indirekten Afrikapolitik geht nach dem Ende des Realsozialismus in eine

mehr oder weniger direkte Interventionspolitik über.

Aber nicht nur sind die USA nun die einzig übriggebliebene Supermacht, sozusagen der „böse Imperialist“, sondern auch die afrikanischen Staaten haben ein Interesse an einem Engagement der USA. Selten zum Beispiel hat ein afrikanischer Staat so gute und effiziente Lobbies weltweit unterhalten wie Uganda, von Südafrika einmal abgesehen. Uganda zahlt mindestens drei Lobbies in den USA.

Ohne Frage hat sich in den Endachtzigern einiges verändert. Es hat sich nun endgültig die neoliberale Strategie der Bretton Woods-Institutionen durchgesetzt. In den Achtzigern war Widerstand noch möglich, wie etwa in Tansania unter Nyere bis 1985. Zambia brach 1988 mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF), doch schon 1989 war es wieder dabei. Aber damals hat es immerhin noch Möglichkeiten gegeben, Gegendruck zu machen, einen anderen Weg zu gehen. Seit 1989, das zeigen Daten der Weltbankpublikationen, gibt es aber die eindeutige Direktive. Jetzt muß diese seit anfang der siebziger Jahre tonangebende Strategie in der Weltbank wirklich durchgesetzt werden.

Die da wäre?

Strukturanpassung, weniger und schlanker Staat, Massenentlassungen, Schluß mit den Stützungen für den Anbau der Grundnahrungsmittel. Und da wird in den wissenschaftlichen Studien ganz massiv gelogen, auf Teufel

komm raus, mit der ganzen jesuitischen Argumentation der Weltbankverantwortlichen.

Wie meinen Sie das?

Es ist eben so, daß diese Strukturanpassung die Situation verschlechtert hat. Ein großer Teil der Bevölkerung kann es sich nicht mehr leisten, die medizinische Versorgung in Anspruch zu nehmen, die Kinder in die Schule zu schicken usw. Die Arbeitslosigkeit steigt fürchterlich an, aber es wird, was niemand überprüfen kann, behauptet: Wenn keine Strukturanpassung gemacht wird, geht es der Bevölkerung noch viel schlechter.

Verläuft die Entwicklung im Kongo ebenso?

Vor dieser muß man jene Südafrikas sehen. Südafrika wird sehr positiv gesehen, als die einzige Erfolgsstory Afrikas. Südafrika wirkt zwar nicht eingebunden, aber das täuscht. Die Südafrikapolitik der achtziger Jahre war das Vorspiel für die Zentralafrikapolitik der neunziger.

Der USA?

Des Nordens, wobei schwer feststellbar ist, wie weit die ost- und südostasiatischen Staaten und Wirtschaftsmächte das tolerieren oder miteingebunden sind. Sie spielen in diesem Szenario sogar ein bißchen den Gegenpol. Das bedeutet aber nicht, daß Japan die Rolle des Zweiten in der Bipolarität übernehmen will, und wie man jetzt sieht, kann.

Die Konsolidierung von Südafrika wandert nordwärts, Angola, Mozambique, das Ende der Destabilisierungskampagnen, Annäherung der ehemals marxistischen Par-

Nach Monaten der erregten Zeitungsmeldungen aus den sogenannten Krisengebieten Afrikas gehen Nachrichten aus Afrika wieder ihren normalen Berichtsweg, in den Papierkorb. Wenn es keine aktuellen Katastrophen in Afrika gibt, sondern nur die verschriebenen Wirtschaftsentwicklungen und politisch-militärischen Verteilungskämpfe um das Verbliebene, fühlt man sich hierzulande schnell gelangweilt. Dem soll ein Interview mit Universitätsdozent Walter Schicho vom Institut für Afrikanistik ein wenig entgegenwirken.

Das Gespräch führte

LUDWIG CSÉPAI



Univ. Doz. Walter Schicho

teien, die die reale Macht besitzen und nun plötzlich Lobbies im Norden haben, vor allem in den USA.

In Zentralafrika kommt nun Museveni, der neue starke Mann in Afrika, ins Spiel. Hier sind mehrere Sachen zusammengekommen. Erstens die starke Präsenz der USA und eines neuen Kapitals, nicht mehr des englischen Kapital wie Lonrho. Uganda liegt geopolitisch für die USA zwischen Südafrika, wo die Welt in Ordnung ist, und Sudan und Libyen, den sogenannten „rogue states“. Das macht diesen Standort so wichtig und ist von daher in Verbindung mit der US-Politik gegenüber dem islamischen Fundamentalismus zu sehen. Insofern ist Uganda für die USA zu einem wichtigen Partner oder zum pied à terre in Afrika geworden.

Natürlich gibt es auch eine Reihe von lokalen Gründen, warum so etwas passiert ist. Uganda befindet sich nach einer langen Phase des Bürgerkrieges und des wirtschaftlichen Niederganges seit Mitte der achtziger Jahre in einer Aufwärtsbewegung. Uganda ist in Ostafrika wieder zu einem Faktor geworden, sowohl in den Konflikten der angrenzenden Länder Äthiopien und Sudan, als auch in der Bereitschaft, auf all die neoliberalen Maßnahmen zu setzen.

Es gibt ja auch Flüchtlinge aus Ländern südlich Ugandas.

Uganda ist auch eine Drehscheibe für Flüchtlingsbewegungen. Die Befreiungsbewegung Musevenis wurde zu einem guten Teil von exilierten Rwandesen gebildet, ähnlich wie jetzt im Kongo. Diese wurden nach der Machtübernahme zu einem Problem. Museveni gab ihnen die

Möglichkeit, nach Rwanda einzumarschieren. Dies haben Frankreich, Belgien und Zaire verhindert. Daraufhin kam es zu einem jahrelangen Dauerkrieg, in den sich auch Tansania und Kenia eingeschaltet haben. Dieser Konflikt wird auf der wirtschaftlichen Ebene von den Auswirkungen der Strukturanpassung begleitet. All dies hat dazu beigetragen, daß diese Massaker, dieser versuchte Genozid, so stattgefunden haben. Dazu kommt eine bestimmte Gebergruppierung in Rwanda, die hier auch eine Rolle spielte.

Eine Gruppe?

Dazu muß ich weiter ausholen. 1989 wurde die Exportquotenregelung für den Kaffeepreis unter Druck amerikanischer Handelsfirmen beseitigt, worauf eine Reihe der großen Produzenten in Probleme geriet und damit das ganze Gefüge. Die Bauern stellten die Sinnlosigkeit des Kaffeeanbaus fest und begannen Grundnahrungsmittel anzubauen. Dazu kam der Druck des IWF auf Rwanda, den staatlichen Stabilisierungsfonds für Kaffeeankäufe aufzulösen, Agrarsubventionen zu beenden, die Währung abzuwerten, Staatsbetriebe zu privatisieren – der ganze neoliberale Kanon. Durch den beginnenden Bürgerkrieg, die Währungsabwertung und die dadurch steigende Inflation brach der öffentliche Sektor zusammen, die Wirtschaft schrumpfte, die Verschuldung stieg an. Im Zusammenhang mit einem Versorgungsengpaß infolge einer neuen Abwertung, veranlaßt durch den IWF, kam es zu einer massiven Lebensmittelhilfe 1992/93. Somit wurde es für die Bauern auch sinnlos, Lebensmittel anzubauen. 1993 war die Wirt-

schaft des Landes, durch gezielte Unterstützung aus dem Norden, praktisch kaputt. Das verschärfte eine bereits existierende soziale Krise, dazu kam der Dauerkrieg zwischen der RPF (Rwandean Patriotic Front) des Kagame und der Armee. Dies alles ist noch immer keine Erklärung dieses unglaublichen Massakers, aber steht vor dem Massaker und trägt dazu bei. Und hinzu kam die Präsenz der UNO. Wo immer sie in Afrika aufgetreten ist, hat sie nur, gelinde gesagt, Mist gebaut – und auch hier wieder. Sie war massiv präsent, tat aber alles dafür, nicht wirkungsvoll zu werden. Eine Dokumentation einer englischen Menschenrechtsorganisation über dieses Massaker zeigt, wie Offiziere der UNO-Streitmacht von ihren politischen Vorgesetzten daran gehindert worden sind, bestimmte Personengruppen zu schützen. Es ist bezeichnend für das, was die UNO tut, daß sie ihren eigenen Leuten Scheuklappen verordnet.

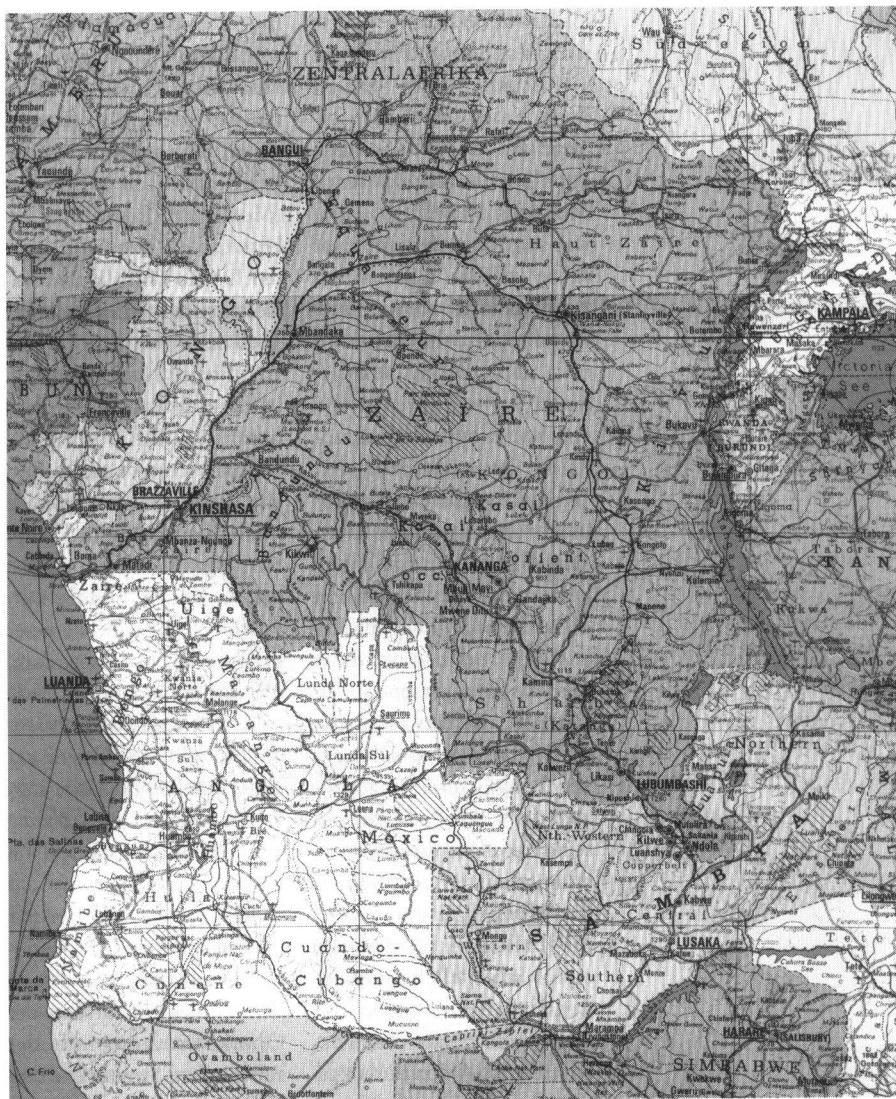
Welche Begriffe helfen hier, die Vorgänge zu analysieren? Da wird von Stammeskriegen zwischen Hutu und Tutsi geredet, von Oberschicht-Tutsi und Hutu-Bauern, von Verwandtschaften etc.

Das Stammeskriegszenario ist praktisch verschwunden, das liest man jetzt nicht einmal mehr in den österreichischen Zeitungen. Das hängt damit zusammen, daß Bosnien damit verglichen wurde, und so fällt es praktisch niemandem mehr ein, mit dieser Blaupause zu agieren. Vieles ist Mythenbildung. Das fängt damit an, daß diese Systeme noch in der Kolonialzeit nicht so deutlich abgegrenzt waren,

wie sie jetzt gehandelt werden. Ein großer Teil der als Tutsi bezeichneten lebte nicht anders und waren nicht anders sozialisiert als die sogenannten Hutu-Bauern, es gab sehr wohl Oberschichttutu mit den gleichen Positionen und dem gleichen Einfluß wie Tutsi. Durch die Kolonialisierung hat sich das etwas verändert. Herausgekommen ist, daß dieser gewachsene Mythos in einer bestimmten Situation einfach zu verwenden war und ist. Das ist so ähnlich wie im Nationalsozialismus organisiert worden: Es gab ganz bestimmte Pläne, immer wieder zu verschiedenen Zeitpunkten, mit der eine Gruppe die andere schwächen oder ausradieren wollte, mit Listen von Personen. Diese gehen aber nicht entlang der Grenze Hutu-Tutsi, sondern entlang einer ganzen Reihe von Kriterien: Dieser hat ein Grundstück, das jener möchte, dieser hat gegen jenen bei den letzten Wahlen gestimmt, jener hat diesen in der Schule beleidigt, oft skurrile Dinge. Unterschiedlichste Typen von Ursachen, die dann kumulieren.

Also reinste Willkür?

Interviews auf Mikroebene zeigen sehr genau, wieso eine bestimmte Gruppe oder ein bestimmter Mensch gesucht und getötet wurde. Die Beziehung zwischen den Mördern und den Opfern wird fast immer deutlich sichtbar. Das ist nicht einfach abbildbar mit Hutu-Tutsi, abgesehen davon, daß soundsoviel Tutsi durch die Übernahme von Identitäten und Papieren von verschwundenen Hutu zu Hutu geworden sind und dann unter denen sind, die als Mörder fungiert haben, und umgekehrt. Es sind soundsovielen Hutu als Tutsi zu Opfern geworden,



es gibt Gegenden mit einem hohen Grad an gemischten Ehen, wo der eine Teil den anderen nicht retten konnte oder sogar mituntergegangen ist. Aber letztlich ist diese Unterscheidung nach diesen beiden Namen keine Erklärung, sondern das letzte Sortierungskriterium. Das sind völlig willkürliche Zuordnungsprozesse.

Wie ging es dann weiter?

Belgien hat sich im Zuge dieser Entwicklung, nachdem gleich am Anfang eine Gruppe Belgier ermordet worden war, völlig zurückgezogen, Frankreich hat sich durch seine Beteiligung blamiert und belastet. Die RPF unter Ka-

game hat sich dann rasch durchgesetzt. Und nun verteilt sich das Problem Rwanda auf alle angrenzenden Staaten.

Sie meinen die Flüchtlinge?

Ja. So hat etwa auf der einen Seite Tansania eine langjährige Erfahrung mit Flüchtlingen und Einwanderern und konnte lange Zeit eine hohe Integration erreichen. Das hängt unter anderem damit zusammen, daß relativ genug Grund und Boden vorhanden ist und die tansanische Gesellschaft relativ offen ist. Allerdings nimmt diese Offenheit in den letzten Jahren ab. Mit der Verschlechterung der Lebensbedingungen der

Auszug aus:

Afrika – Politische Karte mit Länderlexikon

© Kümmerly + Frey, Bern

lokalen Bevölkerung verliert sich diese liberale Haltung.

Auf der anderen Seite, in Zaire, haben sich die Flüchtlinge zu einem nationalen Problem entwickelt, durch Mobutus Politik. Mobutu war seit Mitte der fünfziger Jahre US-amerikanischer Agent, d. h., es war nicht verwunderlich, daß Mobutu trotz all der Dinge, die er gemacht hat, von den USA und von bestimmten internationalen Organisationen mit dem immergleichen Argument toleriert wurde: Er ist zwar böse, aber wir haben keinen anderen. Nur wenn diese Person etwas macht, das nicht erlaubt ist, dann wird sie zum Verschwinden gebracht. Mobutu hat sich dem Demokratisierungsdruck im Grunde entzogen, aber der wirkliche Fehler war seine Unterstützung der Fundamentalen im Sudan. Von Nordostzaire aus haben die Fundamentalisten die „christlichen“ Befreiungsbewegungen im Südsudan und in Uganda bekämpft. Seitdem die USA den Sudan zu den „rogue states“ zählen, war eine solche Unterstützung ein Majestätsverbrechen. Außerdem geriet Mobutu in den sich verschärfenden Konflikt zwischen Frankreich und den USA, wobei Frankreich ihn und er Frankreich unterstützte.

Und beide die sogenannten Hutu-Organisationen.

In den rwandesischen Flüchtlingslagern in Zaire ist alles mögliche vor sich gegangen, was die die neue Situation in Rwanda in Frage gestellt hätte. Der nächste Schritt war daher, daß der Herr Kabila aus der Versenkung hervorgezaubert wurde. Museveni schob ihn vor, und Kabila marschierte, unterstützt von

rwandesischen und ugandischen Truppen, gegen Kinshasa. Dazu kamen die sogenannten Katanga-Gendarmen, die im angolanischen Bürgerkrieg auf Seiten der MPLA (Movimento Popular de Libertacao de Angola) kämpften. Da die Unita (Uniao Nacional para a Independencia Total de Angola) und die FNLA (Frente Nacional de Libertacao de Angola) von Mobutu unterstützt wurden, waren die Fronten klar. Im Verlauf dieser Ereignisse wurde immer deutlicher, daß nicht nur Uganda und Rwanda, sondern auch Angola mitmischte. Der letzte Teil dieser Truppen ist ein diffuses Sammelsurium aus nie zu Ende gekommenen Rebellenbewegungen im Osten Zaires, zu meist Lumumbisten. Mit starker logistischer Unterstützung sind diese Truppen dann rasch vormarschiert.

Wer gab die Logistik?

Amerikanischen Informationen zufolge waren während der Zeit des Vormarsches der Oberkommandierende der zairesischen Streitkräfte und Kabila durch eine spezielle Telefonleitung verbunden, deren Verschlüsselung durch Amerikaner erfolgte. Da diese Codes nicht weitergegeben werden, muß man annehmen, daß daneben jeweils ein amerikanischer Offizier gesessen haben muß.

Die finanzielle Seite?

Einige neue Firmen haben offensichtlich Gelder gegeben, wobei manche von ihnen sowohl Mobutu als auch Kabila finanziert haben. Das Wunderschöne daran ist, daß das, was diese Firmen gestreckt haben, das Land ja wieder zurückzahlen muß. Die Firmen haben das ja niemandem geschenkt. Irgendwann wird es der Kongo wieder bezahlen müssen.

Die zairesische Wirtschaft war doch zum größten Teil eine verstaatlichte? Die Diamantengesellschaft Miba, der Bergbau etc. – werden diese privatisiert? Wird der Staat zerfallen? Gibt es eine Art Elite, die eine gesamtstaatliche Ideologie vertritt?

Erstens: Im Gegensatz zur Zeit unmittelbar nach der Unabhängigkeit gibt es kaum Sezessionsbewegungen. Kabila selbst kommt aus Katanga. Warum sollte er eine Sezession befürworten, wenn er in Kinshasa sitzt?

Und zweitens: Das mit den Verstaatlichten ist ein wesentlicher Irrtum. So staatlich waren sie nicht. In Zaire gab es eine Nationalisierung, z. B. die Gecamines gegen volle Entschädigung. Außerdem bekam in diesem Fall die alte Betreibergesellschaft den Auftrag, die Firma weiterzuführen. Selbst dort, wo Firmen im Staatseigentum sind, kann man davon ausgehen, daß das gesamte Management, auch wenn es aus Zairesen besteht, keineswegs wie ein Staatsmanagement handelt, sondern wie ein Management, das einem gewissen Kapital, einem gewissen Eigner verpflichtet ist. Ein Teil dieser Eigner sind die Angehörigen der etwa zweihundert Familien, die sich den Kongo über dreißig Jahre unter den Nagel gerissen haben. Der andere Teil sind Vertreter des internationalen Kapitals, die dort wie eh und je drinnen sind. Ein Staatsunternehmen wie die VOEST gab es nie. Das Problem dieser Unternehmen war eher jenes, daß sie in schlechten Zeiten zuviel an unproduktiven Kosten hatten. Sie mußten zuviel an irgendwelche Mobutus und Co. abliefern, sodaß es

immer knapper wurde. Es gab keine Liquidität. Diese Firmen wurden nun zum Teil neu übernommen, aber es ist kein Geld da, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Hier gibt es einfach eine Freibeuterbourgeoisie, predatory class, die den Staat vereinnahmt hat und damit die Ökonomie. Da sind sehr geschelte Geschäftsleute dabei, die sich ihr Geld durch ihre clevere Positionierung gut verdienten. Die sitzen nun in Belgien, Marokko, Kenia oder Südafrika und betreiben ihre Geschäfte weiter.

Und die neuen Firmen?

Die neuen Firmen, diese kanadisch-amerikanischen Kapitalgesellschaften, haben die Minen übernommen und nun hört man nichts außer Klagen von den Managern. Sie haben kein Geld, um die Firmen in Gang zu bringen. Diese ganzen Übernahmen haben nur einen einzigen Sinn: die Börsenbewertung. Das heißt, das wichtige war die Meldung in den westlichen Zeitungen. Das stand ja sogar in unseren Zeitungen.

Wie geht es weiter?

Die USA hat ihre Afrikapolitik seit 1990, seitdem man Afrika als Fall für den IWF betrachtet, verändert. Vor dem Fall Kinshasas lag ja eine amerikanische Flotte vor Ort. Auch Brazzaville war voll mit amerikanischem Militär. In dieser ganzen Region mit Schwerpunkt in Rwanda sind amerikanische Beratungsfirmen tätig, die die südafrikanische „Sicherheitsfirma“ Executive Outcome abgelöst haben. In Uganda trifft man Amerikaner, die offen darüber reden. Vorher waren sie in Bosnien, jetzt drillen sie afrikanische „Friedenstruppen“ für ganz bestimmte Aufgaben, so angeblich für die Machtübernahme in Togo

usw. Auf jeden Fall ist Frankreich voll auf dem Rückzug, wobei sich die Frage stellt, ob es nicht recht froh ist, das alles loszuwerden.

Der CFA-Franc, die Währung einiger afrikanischer Länder ist doch an den Franc gekoppelt. Was passiert bei der Einführung des Euro? Ein CFA-Euro?

Die CFA-Zone hat über lange Zeit die Franc-Defizite abgedeckt. Das drehte sich mit der Zeit um. Seit der Abwertung stimmt das Verhältnis wieder. Wie sich das entwickeln wird, ist schwer zu sagen. Es gab schon früher eine Reihe von Verknüpfungen, z. B. von ehemaligen britischen Kolonien mit ihren Zuckerkontingenten. Das war eigentlich nie ein Problem. Also nehme ich an, daß auch der CFA-Franc nur ein technisches Problem sein wird.

Was ist mit dem Oppositionsführer Tshisekedi, der in europäischen Zeitungen die Zivilgesellschaft verkörpert und der Druck gegen die Tutsi in Kinshasa macht?

In Kongo selbst kann niemand mit ihm und diesen Leuten etwas anfangen. Diese ganze Nationalkonferenz war ein sich selbst abwickelndes Spektakel mit einem Rahmenpublikum. Dem „Rest“ der Bevölkerung war das völlig egal. Diese ganzen hochgekommenen Parteien bieten keine Garantie dafür, daß sich etwas ändert.

Was hält dann diesen Kontinent im Kontinent zusammen?

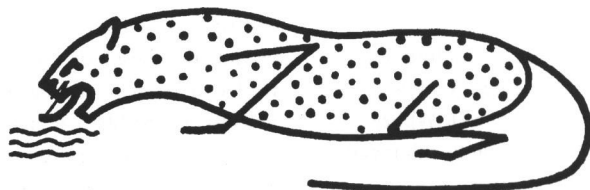
Gegenfrage: Warum sollte er auseinanderfallen? Wohin sollte er fallen? Dieser Staat war für die Bevölkerung soweit nichts, daß sie nicht ein-

mal das Bedürfnis hat, sich von ihm zu trennen. Natürlich gibt es eine gewisse nationale Tradition, der ganze Personenkult um Mobutu, die Einheitspartei, auch wenn dies negativ war, hat es doch Spuren hinterlassen. Niemand sieht einen Sinn darin, sich zu absentieren. Es bringt nichts, es verbessert nichts.

Wie steht es mit der Idee der Vereinigten Staaten von Zentralafrika, wie von manchen kolportiert?

Kabila setzt sich zunehmend von Museveni und Kagame ab. In Zambia gab er einige antiamerikanische Statements ab, wohl im Zusammenhang mit der UNO-Untersuchungskommission. Niemand hindert die daran, dorthin zu fahren. Die UNO sagt als einzige, sie darf dort nicht hinfahren, solange sie nicht händchenhaltend mit dem Innenminister hingeführt werden. Aber Vereinigte Staaten von Zentralafrika? Museveni hat selbst auch genug zu tun, z. B. mit der Verfassung Ugandas. Die wird derzeit laut Museveni „breit diskutiert“. Es könnte auch sein, daß die große Zeit des Museveni vorbei ist. Es gibt auch Gerüchte über Attentatspläne gegen ihn. Die offizielle österreichische Meinung ihm gegenüber ist: Zwei Jahre geben wir ihm noch, wenn er dann noch nicht demokratisch ist, dann unterstützen wir ihn nicht mehr. Das glaubt zwar niemand, aber so wird jetzt argumentiert.

Danke für das Gespräch.



Wieviel Haß ist im Netz?

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes hat eine erste Bestandsaufnahme rechtsextremer Propaganda im Internet vorgelegt.*

Kritischen Fragen ist es dabei eher aus dem Weg gegangen.

VON MARKUS
KEMMERLING



* Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.)
Das Netz des Hasses
Rassistische, rechtsextreme und neonazistische Propaganda im Internet
304 S., Deuticke, Wien 1997,
öS 195,- (im DÖW) bzw.
öS 285,- (im Buchhandel),
ISBN 3-216-30329-2

Die Verbreitung rechtsextremer Propaganda gilt neben derjenigen von pornographischen Inhalten gemeinhin als eine wesentliche Gefahr des Internets. Mit ihr lassen sich daher auch die vielfältigen, meist mit strafrechtlichen Folgen verbundenen Bemühungen legitimieren, über das Internet weitergeleitete Informationen zu regulieren, hinter denen sich aber mitunter ganz andere oder zumindest weitergehendere Interessen verbergen. Die Debatte über das Thema mündet somit fast zwangsläufig in eine solche über Zensur. Deren Grundfrage ist trotz der neuen technischen Möglichkeiten gar nicht neu. Erinnert sei nur an die noch in Prä-Internet-Zeiten erfolgte Unterstützung des libertären Heroes Noam Chomsky für den wegen Leugnung der Massenmorde in den Konzentrationslagern verurteilten französischen „Revisionisten“ Robert Faurisson. Vor allem aber wird diese Debatte zu meist mehr im Stile gerechter Empörung geführt – über die Nazi-Propaganda von der einen und über die angestrebte Kontrolle des heiligen Netzes von der anderen Seite –, denn aufgrund der Frage, welche Gefahr für und von wem von der Verbreitung rechtsextremer Propaganda im Internet tatsächlich ausgeht.

Es ist daher ein lobenswertes Unterfangen, wenn das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes mit einer Bestandsaufnahme der so gar nicht virtuellen rassistischen, rechtsextremen und neonazistischen Propaganda im Internet, insbeson-

dere im World Wide Web, die „kontroversee und dynamische Diskussion über Kontrolle im Internet“ (S. 8) anregen will. Das Ergebnis läßt allerdings in manchem zu wünschen übrig.

Am brauchbarsten ist der Band als eine Art Handbuch rechtsextremer Provider und Homepages, etwas unübersichtlich nach geographischen (Österreich, Deutschland, Europa, USA) und thematischen Kriterien (Antisemitismus, „Revisionismus“) strukturiert. Die Beschreibungen kommen allerdings über einen groben Abriß der Inhalte der Homepages, der sie verantwortenden Organisationen und der Verzweigungen zu anderen Sites kaum hinaus. Weder erfolgt eine quantitative Analyse (Umfang, Zugriffe, ...) noch eine qualitative (Art der Darstellung, Strategien, Bedeutung für die rechtsextreme Szene, ...). Zudem fehlen die „revisionistischen“ und rechtsextremen Newsgroups des UseNets ebenso wie die Homepages der FPÖ und ihrer Neben- und Vorfeldorganisationen. Letztere seien, so die etwas magere Begründung des Herausgebers, „politisch so inhaltsleer (...), daß sie nicht in Zusammenhang mit rassistischer, rechtsextremer oder neonazistischer Propaganda gebracht werden können.“ (S. 10) Die sich aufdrängende Frage, warum sich der vom DÖW ansonsten so minutiös belegte rechtsextreme Charakter der freiheitlichen Organisationen nicht in deren Präsenz im Internet widerspiegelt, wird nicht weiter nachgegangen.

Dabei sind freiheitliche

Politiker sehr wohl in den rechtsextremen Nischen des Netzes unterwegs, wie in dem Beitrag über das deutschsprachige Thule-Netz nachzulesen ist, der sich in seiner kritischen Herangehensweise positiv abhebt. Dem Thule-Netz war ab Februar 1996 auch die österreichische *Dissident BBS* angeschlossen, die von dem vom Abgeordneten Karl Schweitzer geförderten Jung-FPÖ-Politiker Christian Anderle betrieben wurde. Auf der Flucht vor Strafverfolgung wegen der Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt im Oktober 1992 mußte der „Arier“ Anderle (Pseudonym im Thule-Netz: Arisk) aber bereits drei Monate später wieder offline gehen. Da dieses, bezogen auf seinen Bekanntheitsgrad, wenig bedeutende Mailbox-Netz bereits vor zwei Jahren von Burkhard Schröder in „Neonazis und Computernetze“ (rororo-Taschenbuch 1490) ins rechte Licht gerückt wurde, erstaunt es kaum zu erfahren, daß es nach wie vor von nicht mehr als etwa 60 aktiven und 200 passiven Usern genutzt wird – verglichen beispielsweise mit den auf 100.000 geschätzten NutzerInnen des links-liberalen ComLink-Netzes. Auch dem Mythos der konspirativen Kommunikation wird das Thule-Netz seit seiner Gründung 1992 weniger gerecht als seiner Funktion als leicht überschaubare Informationsquelle für StaatsschützerInnen.

Ein Netz der Rechten?

Ob Leuchter-Report, Lüftl-Report, Rudolf-Gutachten oder die „Weisen von Zion“ – die über das Internet verbreiteten rechtsextremen Inhalte, vorwiegend „revisionistischer“ oder antisemitischer Art, sind vielfach

schon lange in gedruckter Form erhältlich. Läßt sich, was offen bleibt, das über das Thule-Netz Gesagte verallgemeinern, so verwunderte eher die *geringe* Präsenz von Rechtsextremen und Nazis im Netz. Auch wenn die Vorstellung vom Internet als demokratisches Bürgernetz in dieser Allgemeinheit im Reich der Mythen angesiedelt ist, scheinen die Versuche der Rechten, sich dieses nutzbar zu machen, mehr von nachholendem Eifer denn von irgendetwas anderem bestimmt. Für diese Annahme sprechen auch die mitunter auftretenden (erfolglosen) Versuche, sich in den linken, Bürger- oder Hobbynetzen breit zu machen oder diese zu diskreditieren, beispielsweise durch das Einspielen der berühmt-berüchtigten (und allenfalls aufgrund ihrer Mangelhaftigkeit gefährlichen) Anleitungen zur Sprengmittelerzeugung.

Wesentlich erfolgreicher etablieren sich Rechtsextreme und Neonazis derzeit am Musikmarkt. Der Absatz von CDs von Skinhead-Bands boomt (siehe den Beitrag „Skinheads im Internet“, S. 238). Klarerweise werden rechte Rockmusik und Merchandising-Produkte rechter Bands auch über das Internet vertrieben. Auffällig ist, daß die Homepages der einschlägigen professioneller gestaltet sind als die reinen Propagandaseiten. Der Einfluß der Texte rechtsextremer Rockgruppen auf Jugendliche soll nicht unterschätzt werden. Der elektronische Vertrieb jedoch dient zunächst weniger der Verbreitung rechtsextremer Inhalte als der Absatzsteigerung. Andererseits sind diese Gruppen nicht deswegen kommerziell erfolgreich, weil



sie ihre Produkte im Internet anbieten, sondern genau umgekehrt. Rockmusik ist ein Geschäft, und ein Geschäft kommt ohne eigene WWW-Seiten nicht mehr aus. Während diese Präsenz den Absatz und in Folge die Verbreitung rechtsextremer Inhalte vielleicht steigert – wobei noch offen bleibt, ob es sich tatsächlich um eine Steigerung und nicht lediglich um eine Verlagerung des Absatzes handelt –, bleibt das Internet für diese Gruppen doch allenfalls ein Nebenschauplatz.

Gegenstrategien

Der Faszination der Technik läßt sich leicht erliegen. Dies gilt selbstverständlich, und entgegen den Ausführungen Wolfgang Neugebauers im Vorwort, nicht nur für Rechtsextreme. Die HerausgeberInnen von „Das Netz des Hasses“ scheinen selbst in diese Falle getappt zu sein. Wie ließe sich sonst erklären, daß sie das Buch mit gezählten 115 halbseitigen Screenshots von WWW-Seiten ge-

füllt haben, sodaß eigentlich nur mehr der Vierfarbdruck abgeht? Der Sinn dieser Abbildungen hat sich mir nicht erschlossen. Als Veranschaulichung der eingesetzten Propagandamittel erschöpfen sie sich reichlich schnell. Andererseits demonstrieren die HerausgeberInnen durch das Löschen aller Netzsadressen aus den Abbildungen – anstatt, was um einiges einfacher gewesen wäre, die Adressenliste vor Aufnahme der Bilder als Ganzes auszublenken –, daß sie keinesfalls Werbung für Naziseiten machen wollen. Es bleibt bei der Demonstration: Zahlreiche Adressen in den Seiten selbst sowie in den Titelleisten wurden nicht gelöscht, und nur die größten Dumpbacken unter den Rechtsextremen werden nicht in der Lage sein, anhand der schriftlichen Beschreibung mittels Suchmaschinen die entsprechenden Adressen ausfindig zu machen (ich selbst benötigte zum Auffinden einer spezifischen Seite keine fünf Minuten). Da das Buch schließlich

Einer von 115 Screenshots aus dem Buch (Werbung der White Aryan Resistance für „rassistische Aufnäher“)

selbst die Adresse einer (sehr nützlichen) Auflistung neonazistischer, rechtsextremer und antisemitischer Homepages verzeichnet (<http://www.bcpl.lib.md.us/~rfrankli/hatedir.htm>), erweist sich dies als überflüssige Fleißaufgabe. Wer über rechtsextreme Veröffentlichungen schreibt, kann und soll auch nicht verhindern, daß LeserInnen selbst Einblick in diese nehmen.

Ich beschreibe diese fragwürdige Layoutmaßnahme so ausführlich, weil sie zu der nicht unwesentlichen Frage führt, wer wie auf rechtsextreme Propaganda im WWW zugreift. Der Zugang zu dieser – wie zu jedem für eine relativ kleine Gruppe produzierten Inhalt – ist über das Internet sicherlich einfacher als über Printmedien. Ob aber diese niedrigere technische Zugangsschwelle zu einer Zunahme des Rechtsextremismus führt oder lediglich zu einer Verlagerung oder Erweiterung der von Rechtsextremen eingesetzten Medien, ist dadurch noch nicht beantwortet. An einer Antwort hierauf mißt sich aber die Forderung der HerausgeberInnen nach verstärkten Gegenmaßnahmen, insbesondere strafrechtlicher Natur. Neugebauers Feststellung, daß nicht zuletzt wegen der Aburteilung führender österreichischer Neonazis von Honsik bis Schimaneck jr. österreichische Neonazis und RassistInnen mit ihrer in Österreich nicht mehr möglichen Propaganda ins Internet auswichen (S. 8), belegt das Buch – mit Ausnahme der auf einem US-amerikanischen Server liegenden und mutmaßlich vom Wiener Franz Swoboda gestalteten *Ostara*-Homepage – aber gerade nicht.¹

Das in Zusammenhang mit dem Internet immer wieder angesprochene Problem, daß neonazistisches Gedankengut in den USA straffrei ins Netz gestellt wird und dann weltweit abrufbar ist, ließe einen Vergleich der Inhalte US-amerikanischer WWW-Seiten mit denen auf Servern in Ländern mit Verbotsgesetzen interessant erscheinen. Auf Basis der erwähnten knappen Angaben zu den einzelnen Seiten läßt sich dies nur abschätzen. Die Seiten scheinen sich aber primär durch den extensiven Einsatz von Nazi-Symbolik auf den US-amerikanischen Sites zu unterscheiden, ohne daß die europäischen des wegen einen merkbar „gustöseren“ Eindruck hinterließen. Wo Rechtsextremismus draufsteht, ist trotz aller Verbote auch Rechtsextremismus drin. Im übrigen läßt sich gegen diesen Umstand, wie Peter Fleissner richtig feststellt, „aus Österreich kurzfristig so gut wie nichts unternehmen“. (S. 28)

Wenn aber doch etwas dagegen unternommen werden soll, so läuft dies auf eine verschärfte Kontrolle hinaus, die leicht nach hinten losgehen kann. Gegen manche der in zwei Beiträgen gemachten, recht weitreichenden Vorschläge zur strafrechtlichen Verfolgung hege ich daher auch Bedenken.²

Kehren wir zum Beispiel noch einmal zu der eingangs erwähnten Unterstützung Chomskys für die Freiheit Faurissons zurück, seine fraglos auch in Österreich unter das Verbotsgesetz fallenden Meinungen zu äußern. Nehmen wir an, diese wäre über elektronische Medien erfolgt oder von jemand Dritten in einem solchen verbreitet worden, und vergleichen dies mit den Ausführungen Gabriele

Schmölzers über „strafbare Handlungen gegen den öffentlichen Frieden“ sowie dem Entwurf Brigitte Ederers für eine Reform des Medienrechts. Nach Schmölzer ist eine Aufforderung zum Ungehorsam gegen Gesetze „etwa dann denkbar, wenn über eine Homepage die österreichische Bevölkerung aufgerufen wird, sich nicht an das Verbot der ‚Ausschüttelüge‘ zu halten“ (S. 262). Ederers Entwurf sieht unter anderem vor: „Ist ein Medieninhaltsdelikt in einem elektronischen Medienwerk begangen worden, so gilt als Tatort der Sitz des Medieninhabers. Liegt dieser Ort im Ausland oder ist er unbekannt, dann gilt als Tatort jeder Ort, an dem das elektronische Medienwerk im Inland empfangen werden konnte.“ (S. 278) Zusammengekommen müßte dies konsequenterweise zu einem Strafverfahren in Österreich gegen Chomsky, denjenigen, der den Text ins Internet eingespeist hat oder eventuell sogar gegen den Provider führen. Daß Zensurmaßnahmen fast immer mit der Gefahr von rechts argumentiert werden, aber schlußendlich vor allem gegen links angewendet werden, ist so gut belegt, daß es zu konstatieren geradezu trivial ist.

Wenig hilfreich scheint mir, wenn in diesem Zusammenhang, wie immer wieder der Fall, eingeforderte Zensur von antifaschistischer Seite nicht als solche bezeichnet wird. Nur indirekt spricht etwa Wilhem Lasek von Zensur, wenn er schreibt, daß InternetbenutzerInnen in der Sperrung der neonazistischen *Zündel*site durch den deutschen Anbieter T-Online einen Akt der Zensur gesehen hätten. (S. 159) Was denn

- 1 *Um nicht mißverstanden zu werden, sei explizit darauf hingewiesen, daß auch das DÖW Gegenstrategien auf anderen Ebenen als der strafrechtlichen (Erziehung, Medien, Kunst, ...) als wichtiger erachtet.*
- 2 *Ich beziehe mich hier nicht auf die obnehin durch das Verbotsgesetz gegebenen gesetzlichen Möglichkeiten, die etwa im Fall Swoboda von der Wiener Staatsanwaltschaften nur sehr unwillig, sprich auf Weisung des Ministers, wahrgenommen wurden.*

sonst hätten sie darin sehen sollen? Mehrere NutzerInnen haben daraufhin die *Zündelsite* auf ihren WWW-Seiten „gespiegelt“ und so einen weiteren Zugang zu ihr ermöglicht. Daß die Neonaziszene dies als Sieg des „Revisionismus“ im „Cyberkrieg“ gegen bundesdeutsche Behörden gefeiert hat, diskreditiert noch lange nicht die Reaktion als solche. Ebenso wenig impliziert die-

ser Protest zwangsläufig eine Übereinstimmung mit Neonazis, die sich selbst mit Vorliebe als Opfer gerieren, deren Recht auf freie Meinungsäußerung beschränkt wird. Auf der anderen Seite verschweigt Lasek, daß erst die Sperrung der *Zündelsite* diese berühmt gemacht und ihr hohes Prestige in der Neonaziszene begründet hat. Eine derart verschämte Darstellung hinterläßt eher den

Eindruck, als sei sich der Antifaschist seiner Sache so sicher nicht.

Nationalsozialistische Wiederbetätigung ist aus gutem Grund der Zensur unterworfen, soll es auch sein und soll auch als solche benannt werden. Ob aber eine verschärfte Kontrolle des Internets notwendig ist, um ein Unterlaufen des Verbotsgesetzes zu verhindern, beziehungsweise wie eine solche

möglich und mit welchen „Kosten“ sie verbunden ist, auf diese Frage geben die AutorInnen von „Das Netz des Hasses“ nur unzureichend Antwort. Aber auch ein Manko kann ja eine erwünschte Diskussion anregen, und trotz dieser Kritik ist das Buch zu empfehlen. Schließlich räumt das DÖW selbst ein, daß es sich der Thematik erstmalig angenähert hat. ■

Heinz Gärtner: Modelle europäischer Sicherheitspolitik Braumüller, ÖIIP, Wien 1997, 158 S., öS 275,-

Heinz Gärtner hat mit seinem eben erschienenen Buch „Modelle europäischer Sicherheit“ eine sehr gute Einführung zum Thema vorgelegt. Darüberhinaus liefert er auch einen Einblick in die angloamerikanische Schule der „Theorie internationaler Beziehungen“: Unpräzise, verständlich und in einem interessanten theoretisch und empirisch belegten Konzept stellt Gärtner 14 Sicherheitspolitik-Modelle vor und diskutiert sie im europäischen Kontext. Da findet sich weder völkerrechtlicher Nebel, noch hat es der Politikwissenschaftler nötig, durch besonders unverständliche Expertise zu glänzen und damit die unwägbareren Entwicklungen, mit einem Gestus des abgehobenen Herrschaftsdiktums zusätzlich zu verschleiern. Die Modelle, die er diskutiert, sind zum einen wissenschaftlich entwickelte Modelle, zum anderen Teil wurden sie aus der politischen Praxis abgeleitet. Aber gerade in den Sozialwissenschaften ist diese Vorgangsweise erhellend, haben die-

se doch eine Stellung zwischen Beratung, Politik sowie Analyse und Forschung.

In dem Buch findet sich der Nachweis, daß sich Österreich durch die Anerkennung der Petersberger Erklärung bereits dem Prinzip der nuklearen Abschreckung, so wie sie auch in der Westeuropäischen Union verfolgt wird, angeschlossen hat. An anderer Stelle kann auf wenigen Seiten die Idee der sogenannten „Frieden und Demokratie“-These in ihrer Substanz, aber auch mit ihrem empirischen Beleg (sowie mit einer kurzen Kritik) nachgelesen werden. Sie besagt, daß in den letzten beiden Jahrhunderten praktisch fast kein Krieg zwischen demokratischen Systemen geführt wurde.

Bleibt noch die Frage nach der Antwort Gärtners auf den Untertitel seines Buches: Wie entscheidet Österreich? Im Vorwort des regierenden Kanzlers Viktor Klima heißt es: „Heinz Gärtner demonstriert in dem Buch auch, daß es nach dem Ende des kalten Krieges nicht nur eine oder zwei, sondern mehrere sicherheitspolitische Optionen gibt.“ Die Schlußfolgerungen Gärtners dürften also für den „sicherheitspolitischen Optionenbericht“ der

Bundesregierung über die Zukunft der Neutralität nicht ganz unerheblich sein. Und der Universitätsdozent geht eindeutig in eine Richtung. Die Neutralität möge zu einer „politischen“ weiterentwickelt werden oder andersrum: Der Gehalt der immerwährenden Neutralität möge ganz wesentlich reduziert werden. Es reicht, wenn sich Österreich in Zukunft von Fall zu Fall entscheidet, ob es an Aktionen der NATO, der WEU, oder an einer anderen Koalition bei Militärinterventionen beteiligen will. Das neutralitätsrechtlich begründete Verbot – der Stationierung fremder Truppen im Land und der Teilnahme eigener Soldaten an Aktionen in Kriegen auch anderswo – aufrechtzuerhalten, scheint Gärtner überfällig und in der Gegenwart nicht mehr sinnvoll. Wenn selbst dieser recht eindeutige Rat in Richtung Reduktion der Neutralität auf ihren Kernbestand und Integration in die Partnerschaftsorganisation der NATO von Viktor Klima nur als eine von mehreren Optionen verstanden wird, dann läßt dies für die Zukunft der Neutralität, so wie sie von der SPÖ heute noch verteidigt wird, nichts Gutes erahnen. Nichtsdestotrotz ist „Modelle eu-

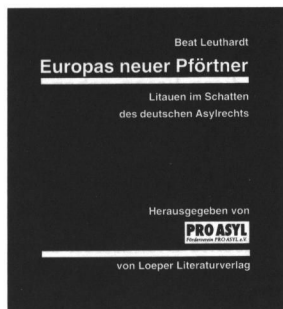
ropäischer Sicherheit“ für Interessierte wesentlich spannender zu lesen, als der Titel verspricht.

PS

**Gärtner/Pucher:
Die Kosten des NATO-
Beitrittes für Österreich
Arbeitspapiere des ÖIIP-
Laxenburg: Schloßplatz 13,
2361 Laxenburg,
50 S., öS 45,-**

Hier werden nicht nur die Kosten eines NATO-Beitrittes für Österreich analysiert, sondern auch die wesentlichen Argumente gegen einen NATO-Vollbeitritt in gut lesbarer Form aufbereitet. Die Reaktionen des Außen- und Verteidigungsministeriums auf die durch verschiedene Belege geschätzten jährlichen NATO-Mehrkosten von rund 7 Milliarden Schilling waren halbwegs aufgeregt. Alleine Schüssel und Fasslabend reagierten beide nicht mit anderen Zahlen, sondern bestritten die Kostenstudie schlichtweg. Eigentlich traurig, aber in Zeiten, in denen Stimmungsmache statt des begründeten Streites die öffentliche Meinung regiert, nicht ganz ungewöhnlich.

PS



Beat Leuthardt:
Europas neuer Pfortner.
 Litauen im Schatten des deutschen Asylrechts.
 Mit Photographien von Jutta Vogel. Loeper Literaturverlag, Karlsruhe 1997, 83 S., ISBN 3-86059-479-6.
 Zu beziehen über: Pressebüro EuroGrenzen, Postfach 0040, 6974 Gaißau.

Es gehört zur Logik der sogenannten Drittstaatenregelung, daß sie fast zwangsläufig zur Konstruktion von Viertstaaten, Fünftstaaten, Sechststaaten und so weiter führt. Die als Voraussetzung für eine Abschiebung an den Schutz von Asylwerbenden gestellten Anforderungen sinken dabei kontinuierlich mit der Entfernung vom Zweitstaat. Während dieser so den Anschein der Rechtsstaatlichkeit im Asylverfahren wahr, bedeutet dies für die Flüchtenden Kettenabschiebungen – solange, bis sie wieder den Behörden ihres Verfolgerstaates ausgeliefert sind.

Beat Leuthardt und die Fotografin Jutta Vogel sind den praktischen Auswirkungen dieser zynischen Interpretation der Genfer Flüchtlingskonvention ent-

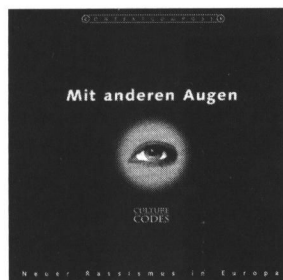
lang der Linie Deutschland–Polen–Litauen–Weißrußland–Rußland nachgegangen. Ihre Reportage konzentriert sich dabei auf den Viertstaat Litauen. Sie schildern die unwürdigen Zustände in den Abschiebelagern, die Verwandlung von Schutzsuchenden in Drogenkuriere und Verbrecher und, wie aus AsylwerberInnen „Illegale“ werden. Wer in Polen nicht Asyl verlangt, wird auch nicht danach gefragt. In Litauen finden auch diejenigen, die von sich aus um Asyl ansuchen, kein Gehör mehr. Sie werden direkt in den Polizeistaat Weißrußland weitergeschoben und von dort über die offenen Grenzen der GUS-Staaten bis weit in den Osten.

Hier ein paar Ikea-Möbel in Grenzstationen, dort ein paar Millionen Mark für Fahndungshard- und software – deutlich wird, wo die eigentlichen Konzepture der osteuropäischen Asylgesetze und der paramilitärischen Grenzschutztruppen sitzen: nicht in Warschau oder Vilnius, sondern in Bonn, Stockholm und Helsinki. „Klar“, meint der Sozialwissenschaftler Vladimiras Gražulis, der das neue li-

tausche Asylgesetz entlang westlichen Vorgaben entworfen hat, „soll uns das helfen, in der Europäischen Union Aufnahme zu finden.“ Auf die Frage, was passiere, wenn sich Weißrußland weiterhin weigere, ein Rückschiebeabkommen mit Litauen zu unterzeichnen, antwortet Gražulis: „Dann muß hier eine neue Mauer aufgebaut werden.“ Dann, so ließe sich dieser Gedanke weiterspinnen, können der Bundesgrenzschutz von Oder und Neisse oder das österreichische Bundesheer aus dem Burgenland abziehen, und die westeuropäischen Staaten werden ganz wunderbare Asylregelungen haben – nur daß niemand mehr Gelegenheit haben wird, diese auch in Anspruch zu nehmen.

Leuthardt und Vogel ist es mit ihrer – leider schlampig lektorierten und wenig ansprechend aufgemachten – Reportage gelungen, durch einen anderen Blickwinkel auf die weitgehend zu Ende analysierte „Festung Europa“ diese noch einmal in ihrer ganzen Menschenverachtung vorzuführen.

MK



Beate Firlinger und Ina Zwerger:
Mit anderen Augen
 CD-ROM (Windows, Macintosh) Wien 1996
 Bezug: Culture Codes, Seideng. 26, 1070 Wien

Die CD für Schulen, ausgezeichnet mit dem Preis für neue Medien der Universität Salzburg 1997, ermöglicht einen Spaziergang durch gängige Begriffe

und Vorurteile der Gesellschaft zum Thema Rassismus in Europa. Von der Neuen Rechten bis zum Multikulturalismus äußern sich SoziologInnen, PolitikwissenschaftlerInnen und engagierte Menschen, kann man in einem ausgezeichneten Lexikon Definitionen, Zitate und Erklärungen abfragen und sich an Hand der Bilder ein eigenes machen. Die einzelnen „Infoclips“ ermögli-

chen dem/der BenutzerIn, eigene Assoziationen zu verfolgen und diese mit Hilfe des „Studios“ aufzunehmen und zu speichern. Man könnte auch sagen, sich aus dem in viele Einzelteile zerfallenen sein subjektives Ganzes zusammenzubauen. Eine ökonomische und zeitgeschichtliche Begründung der Aktualität des Rassismus in Europa fehlt aber.

GL

Fristenregelung gefährdet Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung

Die Antragsfristen des Zivildienstgesetzes sind derart kompliziert, daß sie kaum zu durchschauen sind, zumal das Gesetz in den letzten Jahren ständig geändert wurde. Dies hat zu zahlreichen Verfahren vor den Höchstgerichten geführt. Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hält in einer Entscheidung fest: „Die Kompliziertheit der Fristenregelung des Zivildienstgesetzes erschwert auch dem durchschnittlich gebildeten, normunterworfenen Bürger eine ständige Verfolgung der Rechtslage.“ Anstatt den „Normunterworfenen“ bei Problemen mit Fristen zu helfen, bemühen sich Verteidigungs- und Innenministerium nach Kräften, Wehrpflichtige in die Fristenfallen stolpern zu lassen.

Das Zivildienstgesetz garantiert allen Wehrpflichtigen, deren Tauglichkeit fünf Jahre zurückliegt und die vor 1994 erstmals tauglich wurden, eine sechswöchige Frist, um eine Zivildienstklärung abzugeben (§ 76a Zivildienstgesetz). Der Verteidigungsminister hat laut Gesetz alle Betroffenen von der neuerlichen Möglichkeit, eine Erklärung abzugeben, in Kenntnis zu setzen. In der Praxis wird diese Pflicht von den Militärkommanden laufend verletzt. Wehrpflichtige, die deshalb die Frist versäumen, können einen Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stellen, wenn sie später von anderer Seite über die neuerliche Möglichkeit einer Zivildienstklärung er-

fahren. Aufgrund zahlreicher mangelhafter Bescheide des Innenministeriums können Betroffene ihr Recht aber oftmals nur durch aufwendige und kostenintensive Beschwerden bei den Höchstgerichten durchsetzen.

Innenministerium schikaniert Zivildienstwerber

Julian B. brachte im Mai 1997 eine Zivildienstklärung und einen Wiedereinsetzungsantrag ein. Das Innenministerium forderte ihn daraufhin auf „bekanntzugeben, wann und wodurch Sie Kenntnis von der Einbringungsfrist des § 76a ZDG erhalten haben.“ Julian B. verwies auf Informationen durch die Zivildienstberatung der Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung. Da dem Innenministerium die schriftlichen Ergänzungen zum Antrag nicht ausreichten, lud es ihn im Dezember 1997 zu einer Befragung vor. Ministerialrat Stradal empfahl Julian B., seinen Wiedereinsetzungsantrag zurückziehen, um keine Schwierigkeiten beim Bundesheer zu bekommen. Ansonsten müßte er den Antrag ablehnen und das Bundesheer erführe von seinem Wunsch, Zivildienst leisten zu wollen. Die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung erkennt in dem Verhalten des hochrangigen Beamten aus dem Ministerium den Versuch, über das Beweisverfahren zum Wiedereinsetzungsantrag eine

Art Zivildienstkommission wiedereinzuführen.

VfGH hebt ablehnenden Zivildienstbescheid auf

Peter K. war aus öffentlichem Interesse von der Wehrpflicht befreit worden. Als die Befreiung aufgehoben wurde, versäumte er die Antragsfrist. Am 28. Jänner 1997 berief ihn das Bundesheer für 1. April ein. Peter K. brachte noch am selben Tag eine Zivildienstklärung ein. Diese wurde vom Innenministerium abgewiesen. Peter K. legte Be-

schwerde beim Verfassungsgerichtshof ein, der den ablehnenden Bescheid wieder aufhob. Die Zivildienstklärung war fristgerecht – innerhalb von sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes – eingebracht worden. Der VfGH stellte fest, daß die Einberufung gegenüber dem Grundrecht auf Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen zurücktritt.

Probleme beim Aufschub des Zivildienstes

Die Erfahrung der Arbeitsgemeinschaft für Wehr-



Micky Maus läuft Amok

zeitung für politische ökologie

Nr. 4 / ab 3. März in Umlauf

Schwerpunkte: Schengen / Algerien / Der neue Kalte Krieg: Militärstrategien und Optionenbericht

Noch erhältlich: Nr. 3 – Grüne wohin? / Freizeitverhalten

Nr. 2 – NATO-Osterweiterung + Programm-Beilage

Nr. 1 – Europa wohin? / Die Zukunft des Sozialen

- ☐ Ich interessiere mich für die neue Grüne Zeitung.
Bitte schickt mir die vierte **planet**-Ausgabe kostenlos und unverbindlich.
- ☐ Ich möchte auch frühere **planet**-Ausgaben
- ☐ Nr. 1 (nur noch Restexemplare) ☐ Nr. 2 ☐ Nr. 3

NAME

ADRESSE

PLZ

ORT

Einsenden an: **planet**-Redaktion, Grüne Bildungswerkstatt, Lindengasse 40, 1070 Wien.

dienstverweigerung und anderer Beratungsstellen zeigt, daß immer öfter Begehren auf Aufschub des Zivildienstes abgelehnt werden. Die Antragssteller werden zu meist weder über die neue Gesetzeslage informiert noch aufgefordert, „außerordentliche Härte“ zu begründen. Nur dann, wenn die Unterbrechung einer weiterführenden Ausbildung eine solche „außerordentliche Härte“ darstellt, hat ein Zivildienstpflichtiger das Recht auf Aufschub bis zum Abschluß der Ausbildung.

Für Studenten wird diese Problematik dadurch verschärft, daß seit Sommer letzten Jahres eine Beurlaubung vom Studium nicht mehr möglich ist. Zivildienern, denen während des

Zivildienstes nicht genügend Zeit für ihr Studium verbleibt, verlieren daher sowohl Studien- als auch Familienbeihilfe (wenn entweder der erforderliche Leistungsnachweis von acht Semesterstunden nicht erbracht oder die vorgeschriebene Semesteranzahl je Studienabschnitt nicht eingehalten werden kann).

Die Arbeitsgemeinschaft für Wehrdienstverweigerung vertritt den Standpunkt, daß für Studenten, die Zivildienst leisten, entweder eine Beurlaubung vom Studium gewährleistet werden muß, oder aber der Bezug von Studien- und Familienbeihilfe als „außerordentliche Härte“ zu werten ist, die einen Aufschub des Zivildienstes ermöglicht.

Wehrdienstverweigerer freigesprochen

Peter Zwiauer ist Postbediensteter und war von der Wehrpflicht befreit. Als im September 1994 die Befreiung vom Militärkommando aufgehoben wurde, wollte er einen Zivildienstantrag stellen. Ab März 1994 wurde aber die Antragsfrist für den Zivildienst auf einen Monat nach Tauglichkeit verkürzt. Die Anträge Zwiauers wurden daher abgewiesen und auch Höchstgerichtsbeschwerden hatten keinen Erfolg. Zwiauer weigerte sich einzurücken und wurde vom Bundesheer wegen Nichtbefolgung des Einberufungsbefehls angezeigt.

Das Bezirksgericht Schwechat sprach Peter Zwiauer wegen „überge-

setzlichem Notstand“ in erster Instanz frei. Die Berufungsverhandlung am Landesgericht Korneuburg am 9. Februar 1998 endete ebenfalls mit einem Freispruch wegen mangelnder Strafwürdigkeit. „Die Verantwortung an diesem Strafverfahren trägt eigentlich der Gesetzgeber. Der Angeklagte kann nicht jederzeit alle gesetzlichen Bestimmungen überblicken“, begründete der Richter den Freispruch.

„Ich bin froh, daß der jahrelange Psychoterror durch das Heer nun ein Ende hat“, meinte Peter Zwiauer nach der Verhandlung: „Ich hatte ja legal keine Chance auf Zivildienst.“

MK, CM

ZÄHNE ZUSAMMEN- BEISSEN !!



Lotta

ZEITUNG FÜR ANTIFASCHISMUS
UND MEHR

ABONNIEREN!

Lotta Dura erscheint vierteljährlich mit einem Umfang von ca. 36 Seiten. Faschistische Schläger, rassistische Schreibtischtäter, Braunzonen dieser Gesellschaft stehen im Blickpunkt unserer Recherche, doch ebenso sollen Diskussionen über antifaschistische Theorie und vor allem Praxis nicht zu kurz kommen.

Inhalt der 10. Nummer

BRIEFBOMBEN: EINSAMER BAIJWARE?
BÜRSCHENSCHAFTEN: 1848 - 1938 - 1998
DIE „NEURECHTE“ STRATEGIE DER FPÖ
ULRICHBERG - NACHLESE

Probeexemplar: 20 ATS/ 5 DEM/ 1,808 Euro
Die Bezahlung erfolgt im voraus in bar oder in Briefmarken und zur Sicherheit im doppelten Umschlag: Der innere Umschlag enthält Begehr, Adresse und Bezahlung und wird mit H. Mader beschriftet und in das zweite Kuvert gesteckt, das mit der Adresse ÖH-Gruwi, Postfach 101, A-1096 Wien beschriftet wird.

http://www.nadir.org/nadir/periodika/lotta_dura



Zeitschrift der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung, Gewalt-
freiheit und Flüchtlingsbetreuung
(MedieninhaberIn)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,

Tel. ++43-1-535 11 06,

Fax: ++43-1-532 74 16,

E-mail: zoom@thing.at

Web: [fgidec1.tuwien.ac.at/
media/zoom](http://fgidec1.tuwien.ac.at/media/zoom)

Redaktion: Ludwig Csépai, diE nOt,
Manfred Gmeiner, Julia Hošek,
Elfriede Hufnagl, Markus Kemmer-
ling, Ilse Kilic, Alexander Lehar,
Peter Steyrer und Robert Zöchling

AutorInnen dieser Ausgabe: Lorenz
Glatz, Gerhard Jordan, Christian
Mokricky, Klara Rajki, Franz
Schandl und Herr Andryczuk

Layout: Robert Zöchling

Hersteller: resch & vana,
Lichtgasse 10, 1150 Wien

Abo: 250,-/Jahr; Förderabo: 700,-;
Ausland: 350,-/Jahr (50,- DM;
45,- SFr), Übersee: 450,- ATS (65,-
DM; 60,- SFr) – bitte bar zusenden
oder für die Empfängerin *spesenfrei*
überweisen.

Mitgliedschaft Arge WDV: 500,-/Jahr;
ermäßigt: 350,- (inkl. ZOOM-Abo).

Konto: 10010 670 573 bei BAWAG,
BLZ 14000

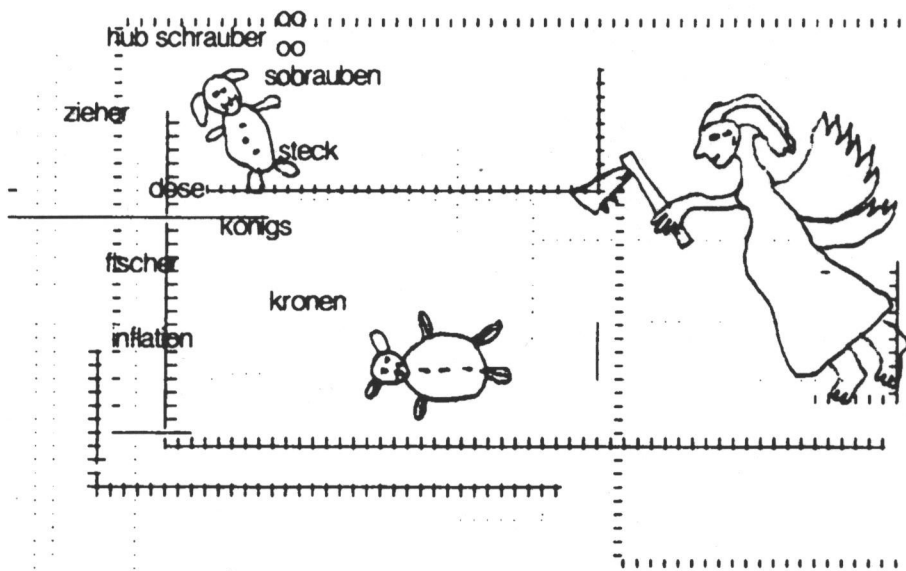
Die ZOOM ist Mitglied der **VAZ** –
Vereinigung alternativer Zeitungen
und Zeitschriften.

Offenlegung

MedieninhaberIn: 100 % Arbeitsge-
meinschaft für Wehrdienstverwei-
gerung, Gewaltfreiheit und Flüchtl-
lingsbetreuung, Schotteng. 3A/59,
1010 Wien. **Vorstand:** Rosi Krenn,
Markus Kemmerling, Harald
Schlegl, David Schwarz, Birgit He-
bein, Paul Friedrich.

Grundlegende Richtung: Schwer-
punkte der ZOOM sind Herr-
schafts- und Gewaltkritik, Europa-
und Sicherheitspolitik, internatio-
nale Entwicklungen und Kultur im
politischen Kontext. ZOOM soll
Lust erzeugen, die Verhältnisse zu
verändern und sich herrschenden
Tendenzen entgegenzustellen.

PHONETISCHES PARADOXPOEM DER KINDER SPIELZEUG MÖRDER IM FRÖHLICHEN



WOHNZIMMER, FÜR
HERRN WIDHALM VON
HERRN ANDRYCZUK-LIM
ITIERTE AUFLAGE VON
2 BLÄTTERN, (FARBKO-
PIE: WIEN + ORIGINAL: B
ERLIN) - 11. OKTOBER 1995

anti militarismus benefiz

20 + 1 jahre schottengasse fest

videos auf großleinwand von alten aktionen & photos der schottengasslerInnen



fränk lebel singt chansons **kurzmann,**
ostermayer, reisecker josefine m. **mugg**
(steyr) samples und gesang (womanvoice)
scrooge vertonen einen film von **kinoki**
bulbul (wels) noise rock **valina** (linz) noise
core **antikörper** (weiz) punk/hc (womanvoice)
virus singers (virus ökoaktionsgruppe)
unplugged **volxtheater** **favoriten chor**
(proudly presents) **dj frau ulli** (tanzmusik
langsam & schnell) **dj dieter** (hörmusik
schnell & laut) speis und cocktails, punsch
und **trockeneis**



ekh



10. bezirk wielandg. 2-4
(ecke gudrunstr)
u1 keplerplatz



sa 28 02 98

beginn 20 00
tanzen bis

zum morgengrauen
frühstück 05 00